

VEREINS=ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hülfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Die deutschen Gewerkschaften im Kampfe mit Polizei, Staatsanwalt und Gerichten.

II.

Es ist eine bekannte Erscheinung, daß die Polizeibehörden und Staatsanwälte sofort gegen die Arbeiterfront machen, wenn Differenzen entstehen zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft. Dies beobachten wir besonders während eines Streiks. Die Behörden gehen fast ausnahmslos von der Auffassung aus, der Streik sei etwas Unverlaubtes und die streikenden Arbeiter hätten weniger Recht als die Unternehmer. Tatsächlich ist die Arbeitseinstellung eine durchaus erlaubte Waffe im wirtschaftlichen Kampfe und die Arbeiter machen lediglich von dem ihnen gesetzlich zustehenden Rechte Gebrauch, wenn sie die Arbeit niederlegen. Als ein Mittel, den Stand des Streiks kennen zu lernen und auf die Kollegen in erlaubter Weise einwirken zu können, dient das logen, Streikpostenstehen. Das Streikpostenstehen ist nach Gesetz und Recht zulässig und kein Mensch in der Welt hat das Recht, es den Arbeitern zu verbieten. Was sehen wir aber in Wirklichkeit?

Fast überall sind die Behörden darauf aus, das Recht auf Streikpostenstehen den Arbeitern illusorisch zu machen. Hierfür am eindrucksvollsten. Der Stadtrat in Berlin hatte das Streikpostenstehen verboten und mehrere Streikende mit Strafmandaten beglückt, „weil sie auf der Straße gestanden resp. zwecklos hin- und hergegangen seien.“ Das Schöpfgericht hob die Strafmandate auf und erkannte auf kostenslose Freisprechung und legte die den Angeklagten erwachsenen notwendigen Auslagen der Staatskasse auf. In der Urteilsbegründung hieß es: „Der Stadtrat möge gewiß berechtigt sein, Verordnungen zu erlassen, die der Verkehrssicherheit dienen, zum Erlass einer solchen Verordnung sei der Stadtrat aber nicht berechtigt. Zudem sei die Verordnung rechtlich nicht durchführbar, denn sie beeinträchtige die Freiheit der Bürger und gebe die Entscheidung darüber, was „zweckloses Hin- und Hergehen“ sei, den Schülern anheim.“ Das klingt sehr vernünftig, denn wenn man tunnehmen will, daß die Angeklagten Streikposten gestanden haben, sind sie doch nicht „zwecklos“ hin- und hergegangen, und wenn man ferner alle diejenigen bestrafen wollte, die auf der Straße „zwecklos“ hin- und hergehen, so würde manch keine Dame und mancher Straßengänger, die ihre Zeit mit Nichtstun verbringen, der Polizei in die Finger fallen. Der Polizeipräsident in Königsberg hat während eines Streiks seinen Schülern befohlen, sie sollten das Streikpostenstehen tunlichst verhindern und streikende Arbeiter in der Nähe der Arbeitsstätten nicht dulden. Als ein Maurer Schwarz dies Vorgehen des Polizeipräsidenten in einer Versammlung kritisierte, trug ihm dies einen Bekleidungsprozeß ein und der Staatsanwalt, der die Anklage vertrat, meinte, ein allgemeines Verbot des Streikpostenstehens sei allerdings unstatthaft, doch sei es in einem einzigen Falle erlaubt. Bei einem durch einen Streik entstandenen Notstand sei die Polizei berechtigt, von den gesetzlichen Bestimmungen abzuzeihen. Nach staatsanwaltlicher Logik darf sich also die Polizei über die gesetzlichen Bestimmungen hinweglehnen, wenn es das Geldbedürfnis des Unternehmers erfordert. Der Regierungspräsident von Königsberg scheint dieselbe Auffassung zu haben, denn auf eine Beichwerde über das ungezügliche Vorgehen des Polizeigewaltigen hat er geantwortet: „Ich erwähne Ihnen, daß ich nach eingehender Prüfung der Sache und Rechtslage keine Beratung sehe, in die vom Herrn Polizeipräsidenten zur Aufrechterhaltung der Strafenordnung getroffenen Maßnahmen von Rücksicht wegen einzutreten, zumal die bisher freisprechenden Erfahrungen des hiesigen Schöffengerichts sämtlich durch Rechtsmittel angefochten worden sind, über welche die richterliche Entscheidung abzuwarten bleibt.“ In gutes Deutsch übersetzt heißt das: Trotzdem die Gerichte das Verbot des Streikpostenstehens für ungültig erklärt haben, bleibt es

doch einstweilen bestehen. Nebrigen haben nach dieser Zeit auch die oberen Gerichtsinstanzen die angeklagten Arbeiter freigesprochen und ein Hamburger Landgericht hat dem Herrn Polizeichef in dünnen Worten bescheinigt, daß seine Verfügung gegen Gesetz und Recht verstößt. Der Redakteur des Fachorgans der Maurer hatte nämlich in seiner Zeitung die Behauptung aufgestellt, daß der Königberger Polizeipräsident gegen „Gesetz und Recht“ eine Verfügung erlassen habe. Der Polizeigewaltige fühlte sich beleidigt und lief zum Kadi; der Staatsanwalt erhob im öffentlichen Interesse Anklage, weil der Redakteur eine unwahre Tatsache behauptet habe. Die Strafkammer sprach den Preußländer frei, weil der fragliche Artikel keine Bekleidung enthalte, sondern lediglich eine wahre Tatsache konstatiere, denn die polizeiliche Verfügung verstößt tatsächlich gegen Gesetz und Recht.

Dieser kleine Nasenstüber ist dem hohen Herrn wohl zu gönnen, leider aber verliert eine jede Korrekturen polizeilicher Mißgriffe dadurch ihren Wert, daß sie viel zu spät erfolgt, um den kämpfenden Arbeitern noch nützen zu können. Wenn nämlich die Gerichte erst jowei sind, daß sie die betreffenden polizeilichen Verfügungen für ungültig erklären, dann ist der Streik meist längst vorüber. Es bleibt uns also nichts anderes übrig, als immer wieder die Forderung zu stellen, daß die Beamten für die Folgen ihrer Mißgriffe persönlich verantwortlich und haftbar gemacht werden, damit sie in ihrem eigenen Leben und ihrem eigenen Geldbeutel einmal verspielen, wie weh es tut, Unrecht zu erleiden. Tatsache ist nämlich, daß die Behörden in der einen Stadt sich durch den Reinfall ihrer Kollegen in einer anderen Stadt nicht warnen lassen, sondern ihre Mißgriffe stets wiederholen. „Die Düsselborfer Polizei“, so lesen wir in einer dortigen Zeitung, „tuft sich in der Bekämpfung der Arbeiterbewegung sehr hervor. Nachdem wir erst kürzlich berichten konnten, daß sie das Versammlungsrecht durch Anwendung der Polizeistunde beschränkt wollte, ist sie jetzt dabei, das Recht des Streikpostenstehens aufzuheben.“ Sobald die Polizei Kenntnis von dem Auftreten der Streikposten erhielt, erschien sie in einer Stärke von acht Mann und verlangte die Entfernung der Streikenden. Die Streikposten durften nur in einer Entfernung von vielleicht 900 m von der Baustelle Aufstellung nehmen; der Streikposten auf dem Bahnhof wurde gleich weggejagt. Streikende, welche die Polizeibeamten auf das Ungesetzliche dieses Vorgehens hinwiesen und sich weigerten, die Straße zu verlassen, wurden verhaftet. Selbstverständlich werden sich die Gerichte noch mit der Affäre beschäftigen, doch sind vorläufig die Streikenden durch das ungezügliche Eingreifen der Polizei in die wirtschaftlichen Kämpfe die Benachteiligten. Von ähnlichen Polizetalen wird aus allen anderen Städten berichtet, wo sich Arbeiter im Streik befinden.

In Berlin hat sich die Polizei unendliche Mühe gegeben, um dem Unternehmertum Hülfe zu leisten. So hat sie in einer menschenleeren Straße zwei streikende Arbeiterinnen verhaftet, weil diese den Verkehr verhinderten; ein bürgerliches Blatt hat eine Photographie dieser Straße veröffentlicht, auf der man — außer dem Schuhmann und den beiden Mädchen — weder im Vordergrunde mit Hülfe eines Mikroskops, noch im Hintergrunde mit Hülfe eines Fernrohrs irgend einen Menschen erblicken kann, der in seinem Verkehr gehindert werden könnte. Und doch sollten auch die Berliner Schulen eigentlich längst wissen, daß Streikpostenstehen nicht verboten ist. In einem Hause hat ein Berliner Gericht diesen Uebereifer der Polizei und dessen Unterstüzung durch die Staatsanwaltschaft scharf kritisiert. Es waren nämlich zwei Tischler angeklagt, weil sie einen Arbeitswilligen belästigt, beschimpft und dadurch ruhestörenden Lärm verübt haben sollten. Vor Gericht stellte sich die völlige Unwahrheit dieser Beschuldigung heraus. Das ganze Verbrechen existierte lediglich in der Phantasie des überfröhlichen Schuhmannes. Das Gericht sprach deshalb die Angeklagten frei mit folgender Begründung: „Die Angeklagten haben weiter nichts getan, als in rechtmäßiger Weise ihr Koalitionsrecht ausgeübt. Das Eingreifen gegen sie war direkt ungültig. Es verstößt gegen das

Gesetz, wenn in dieser Weise das Koalitionsrecht angestastet wird. Geradezu irrtig ist es, daß Leute, die nichts Ungesetzliches begangen haben, ohne weiteres Sanktionen ausgesetzt sind, dann noch Strafbefehle erhalten und so vor Gericht gebracht werden. Außer der Freisprechung erscheint es auch angemessen, die den Angeklagten erwachsenen außergerichtlichen Kosten, wie auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse aufzuerlegen. Denn es ist den Angeklagten nicht zu verargen, daß sie sich einen Rechtsbeistand angenommen, da erfahrungsgemäß Streikprozesse, in denen Freisprechung erfolgt, von der Staatsanwaltschaft meistens durch alle Instanzen hindurch gebracht werden und deshalb für die Angeklagten eine sachgemäße Verteidigung notwendig ist.“ Es muß wahrlich weit gekommen sein in unserem Rechtsstaate, wenn bürgerliche Richter, denen man doch keinerlei Bereingenuenheit für die Arbeiter zum Vorwurf machen kann, sich genötigt sehen, dem polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Elter einen solchen Dämpfer aufzusehen.

Gegenüber diesem Neuereisser, wenn es gilt, den Kapitalismus zu schützen, beobachten wir eine eisige Kälte, wenn es sich darum handelt, den streikenden Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen. Dann regt weder Polizei noch Staatsanwaltschaft eine Klage. Hierfür auch einige Beispiele aus unserer Sammelmappe. Zwei Breslauer Arbeitswillige derunzierten aus Macht und Bosheit mehrere Streikende bei der Polizei, doch stellte sich heraus, daß die Aufschuldigung wissenschaftlich falsch war. Die zu Unrecht Beschuldigten wandten sich nun an die Staatsanwaltschaft und erhielten um Einleitung eines Strafverfahrens. Die Staatsanwaltschaft gab diesem Ersuchen aber keine Folge; die Denunzianten, so hieß es in der staatsanwaltschaftlichen Erwiderung, hätten ihre falschen Angaben nur einem Schuhmann gemacht und der Schuhmann sei keine Wohlbüde. Dem Schuhmann seien die Verhüllungen auch von Anfang an so unglaublich erschienen, daß er sie gar nicht erst weiter melde. Infolgedessen sei es zu einer amtlich bekannten wissenschaftlich falschen Aufschuldigung nicht erst gekommen. Die diesmal so unglaublichen Brüder, deren frühere glaubwürdige Aussagen die Verurteilung wegen Streikvergehens herbeiführten, gehen also frei aus. Ein Mitglied des Zimmererverbandes in Düsseldorf, das am dortigen Hauptbahnhof Streikposten stand, wurde eines Tages von einer Anzahl christlicher Streikbrecher umringt, beleidigt, geschlagen und mit Schädelinschlägen bedroht. Auf erstattete Klage hin bekam er von der Staatsanwaltschaft ein Schreiben, wonach mangels eines öffentlichen Interesses keine Klage gegen die Herren Streikbrecher erhoben werde, da nur die Bedrohung mit einem Verbrechen strafbar sei; hier liege aber nur die Bedrohung mit Schlägen, d. h. mit einem Vergehen vor. Diese scharfe juristische Unterscheidung und die hier bewiesene milde Gestaltung macht dem Herrn Staatsanwalt alle Ehre, nur verträgt es sich sehr schwer damit, daß dieser selbe Staatsanwalt gegen einen Streikenden, der einen Streikbrecher zu Boden gestoßen hatte, im öffentlichen Interesse Anklage erhob und vor Gericht zwei Jahre Gefängnis beantragte. In Marienburg gab ein Arbeitswilliger auf einen streikenden Maurer, von dem er sich belästigt glaubte, einen Revolverschuß ab und traf ihn in den Oberschenkel. Den angeschossenen Maurer brachte man nach dem Krankenhaus und von hier aus wollte man ihn verhaften. Das ließ jedoch der Arzt nicht zu. Die beiden anderen Maurer, die da gestanden und rein nichts gemacht hatten, wurden jedoch verhaftet und sind heute noch im Untersuchungsgefängnis. Der Neapolitaner aber befindet sich auf freiem Fuß. So will es nun einmal der moderne Rechtsstaat, der „Gleiches Recht für alle!“ auf seine Fahne geschrieben.

In einem Schlussartikel wollen wir noch einige Gerichtsurteile, als Blüten vom Baum der Klassenjustiz, zu einem Bouquet zusammenbinden und unseren „Hütern des Rechts“ unter die Nase halten.

Enorme Versteuerung der Lebensmittel.

Die Verschärfung jener stürmischen Dezembernacht im Jahre 1902, in der die Mehrheit des Reichs-ages unter Reichsbrauch und Gewalt den Bucherzolltarif zustande brachte, liegt nun vor. Der neue Zolltarif ist dem Reichstag präsentiert und wird diesen Donnerstag zur 1. Legung kommen. Das Schreien der numeropaten Agrarierlique ist quäglich von der Regierung erhört worden. „Das obere Riesen, die möglichste Steigerung des Schatzes der landwirtschaftlichen Produkte ist ohne Schwanken festgehalten worden“, röhrt sich noch die Regierung. Dem gegenüber sieht sich selbst das national-liberal. Lyran der rheinischen Gewerbeindustrie veranlaßt, diesen Nutzen der Regierung zu bestätigen, der auf Kosten und zum Schaden der deutschen Industrie erlangt worden sei und steht fest, daß der Lebensmittelverbrauch im Inlande dadurch verteuert ist, die Kosten der Industrieproduktion deshalb erhöht, aber dem Absatz keine neuen Wege geschafft werden sind.

Vor kurzem hat „Der Arbeitmarkt“ berechnet, daß die Ausgaben für Ernährung im Jahre 1901 seit 1900 am höchsten waren. Er hat auch berechnet, welche Ausgaben eine Familie von 4 Köpfen wöchentlich für die Ernährung macht, wenn die Familie so genährt werden soll, wie die deutschen Marinesoldaten. Der Berechnung liegt also die Generation zugrunde, die die deutschen Marinesoldaten für notwendig hält, um die Soldaten leistungsfähig zu erhalten. Für eine vierköpfige Arbeitersfamilie ist der wöchentliche Nahrungsauwand in der Weise angenommen, daß zwei Kinder für eine erwachsene Person, also bei einer vierköpfigen Familie das Dreifache der Normalration des Marinesoldaten berechnet wird. Die einzelnen Lebensmittelkosten, aus denen sich die Nation zusammensetzt, sind zu den niedrigsten Markthallenpreisen unter Berücksichtigung einer fünfprozentigen Gehöhung berechnet, da die niedrigsten Preise tatsächlich nicht die häufigsten sind. Berücksichtigen wir die auf diese Weise für die Städte Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München gemachten Berechnungen, so ergibt sich, daß die Kosten der Ernährung im Durchschnitt sämtlicher Städte für eine Familie mit vier Köpfen im Jahre 1904 1106.98 M betragen.

Will sich also im allgemeinen eine aus vier Köpfen bestehende Familie so nähren, wie die Marinesoldaten genährt werden, so muß sie für Lebensmittel mindestens 1000 Mark im Jahre ausgeben können. Das können aber selbst in den Großstädten, wo die Löhne höhere sind, nicht einmal die am besten bezahlten Arbeiter. Da nun die Marinesoldaten sicherlich nicht mehr erhalten, als unbedingt notwendig ist, die Arbeiter aber keineswegs sich so nähren können, weil sie ja mindestens 1000 M dafür ausgeben müssen, so ist auch hier der Beweis geleistet, daß die verheirateten Arbeiter und ihre Angehörigen an einer erschreckenden Unterernährung leiden. Selbst in den Großstädten wird im Durchschnitt das gesamte Jahreseinkommen der Arbeiter nicht viel mehr als 1000 M betragen, wovon Miete, Kleidung, Feuerung, Stuvern usw. bestritten werden müssen. In den kleinen Industriestädten und -Orten sind die Verhältnisse keine besseren. Wohl ist da die Miete billiger, aber die Lebensmittelpreise sind sehr oft die gleichen wie in den Großstädten, manchmal noch höhere. Die Großstadt bietet dem Arbeiter manche Gelegenheit, vorteilhafter zu kaufen, als der kleine Ort, wo über 1000 M Jahresverdienst schon erheblich über dem Durchschnitt stehen.

Und trotz dieser furchterlichen Tatsachen steht der deutschen Arbeiterschaft abermals eine ungeheure Versteuerung der Lebensmittel durch den neuen Bucherzolltarif bevor. Die ungeheure Volksbelastung durch die Getreidezölle muß man sich nur an einigen Zahlen klar machen und bemühen wir aus der „Frank. Blg.“ nachfolgende Tabelle:

M	Boll. Jahz	Bollertrag für die Landwirte in Mil. Millionen	Ernte für die Landwirte in Mil. Millionen	Geföll- nung d. Bewöl- kten Millionen	Bol. Reiches
Weizen	5.50	37	203,5	20	110
Roggen	5.—	95	475	8	40
Gerste	2.50	33	82,5	15	37,5
Hafer	5.—	75	375	4	20
Mais	3.—	—	—	10	30

Für Gerste ist ein Durchschnittszoll von 2.50 M angenommen (4 M Malzgerste und 1.20 Futtergerste). Der Bollertrag für die Landwirte beträgt hiernach 1136 Millionen Mark. Daraus ist aber für den eigenen Gebrauch der Landwirte ein Drittel anzusehen, sodaß 758 Millionen verbleiben. Hierzu kämen dann noch für Hülsenfrüchte, Getreide, Mais usw. schätzungsweise 32 Millionen, sodaß der Ertrag ohne die Zollzölle rund 800 Millionen (791) ausmachen würde. Die Reichseinnahmen an Getreidezöllen allein ergeben 287 Millionen, möglicherweise etwa 63 Millionen für Hülsenfrüchte hinzuzurechnen wären, also rund 300 Millionen Mark. Die Belastung der Bevölkerung würde danach rund 1100 Millionen Mark jährlich allein aus den Bodenprodukte ergeben.

Ebenso horrende sind die Vieh- und Fleischzölle, die Erhöhung des Butter- und Margarinezolls, der Zoll für die Produkte des Garten- und Weinbaues. Auf Kosten der großen Masse des Volkes also, zum Schade der Landwirtschaft, ist dieser neue Zolltarif ansteande gekommen, damit dem Reich neue Mittel aus den Bucherzöllen ausziehen, um in das Blaue hinein eine unerlässliche Flotte, Marine- und Weltpolitik zu betreiben. Und da gibt es noch Massen von Arbeitern, die sich fernhalten von den Bestrebungen ihrer Berufsorganisation und der Sozialdemokratie, denn ausgeblendet ein Volk eine bessere und auskömmliche Existenz zu verhindern? Unter solchen Verhältnissen sind Gleichgültigkeit und Indifferenzismus einfach Verrat an sich und dem arbeitenden Volke.

Lohnbewegung.

Nach den Adlerfahrradwerken in Frankfurt a. M. muß streng der Zugang gehalten werden, da fortgesetzte Maßregelungen von Backern vorliegen.

Münster. In der Werkstätte von A. Borchers sind Differenzen ausgebrochen. Neben die Werkstätte ist die Sperre verhängt worden.

Aus unserem Berufe.

+ Wiesbaden. Warnung vor Lohnpressefrei. Der Tuchermettler Jakob Walter, Dohlermerstraße und Dreieckstraße Ecke, ist insolvent und betreibt sein Ge-

häuse auf den Namen seiner minderjährigen Tochter, auf deren Namen das ganze Geschäftsinventar überschrieben ist. Wir warnen deshalb unsere Kollegen, dort in Arbeit zu treten, wenn sie nicht risieren wollen, ihren Lohn einzufordern. Einige ältere Kollegen, die 6-7 Jahre dort beschäftigt waren, haben größere Beträge eingebüßt und auch seit vier Jahren keine Entlohnungen über ihre geleisteten Beiträge für die Invaliden- und Altersversicherung erhalten, so daß die Sache jedenfalls ein gerichtliches Nachspiel erhalten wird.

+ Coblenz gehört zu den wenigen Filialen, von denen berichtet werden muß, daß sie einen bedauerlichen Rückgang aufzuweisen haben. Vor drei Jahren waren daselbst fast sämtliche anwesenden Kollegen Mitglieder unserer Vereinigung, ein vielversprechendes Vereinsleben entfaltete sich und es gelang in kurzer Zeit ohne Streit einen Tarif mit der Zunahme zu vereinbaren, die erst infolge der Organisierung unserer Kollegen aufstande kam. Einige Firmenhelden kannten es nicht verschmerzen, daß durch die Organisation der Gehüßen Remedium in den ziemlich verwahrlosten Beziehungsverhältnissen geschaffen wurde. Es galt den tätigsten Kollegen vorerst aufs Aorn zu nehmen. Da der Kollege aber eine tüchtige Kraft war und dessen Meister die Klägerverein der Heimkehr garnicht beachte, nutzten schärfere Mittel ausgeübt werden, was auch bald mit Hilfe der Polizei gelang — der Kollege mußte als „lästiger Ausländer“ die Schwarz-weihen Kreuzfähre Preußen verlassen. Anstatt sich nun selber und mit allem Vertrauen an die Filiale einzuschließen, fiel ein Kollege nach dem anderen ab. Gleichgültigkeit und Mitleidlosigkeit vernichteten, was monatelange eine Organisationarbeit aufgebaut hatte. Nur ein Viertel der ehemaligen Mitgliederzahl hält noch zur Fahne und an diesen liegt es nun, dem weiteren Zurückgehen mit aller Energie vorzubürgen. Auch in den Reihen der Meister hat beweilen der Geist der Unzufriedenheit seine Arbeit vollbracht, denn vor kurzem hat sich die Zwangslösung aufgestellt. Ob damit den vorhandenen Scharfmachern nun geantwortet ist, möchten wir denn doch bezweifeln; daß übrigens die Bäume der Scharfmacher nicht in den Himmel wachsen, hat sich sehr deutlich bei dem langen Kampf in der Berliner Holzindustrie gezeigt. Dieser Kampf galt ausschließlich der Vernichtung der Arbeiterorganisation. Bemerkenswert ist darum, was die „Nachrichtung“, das offizielle Organ des Arbeitgeberverbands, der an Skrupellosigkeit und Verhöhnung nichts zu wünschen übrig ließ, nach dem Vertragsabschluß schrieb: „Nicht nachdrücklich genug aber kann das eine betont werden, der Vertrag ist abgeschlossen worden zwischen den Organisationen. Auch hier hat sich gezeigt, daß nur auf diese Grundlage durch Verhandlung von Organisation zu Organisation Verhältnisse geschaffen werden, die man als heilsame und nutzen versprechende Fortentwicklung annehmen darf.“ — Diese Worte könnten sich auch die Arbeitgeber unseres Berufes ad notam nehmen.

+ Die Einführung von Entlassungsscheinen, die 1903 der badische Malermeisterverband in Karlsruhe auf seinem Verbandslage beobachtet, ist noch nirgends zur Tat gebracht. Dies wird uns nicht nur aus dem fürstlich veröffentlichten Bericht aus Pforzheim mitgeteilt, sondern auch aus weiteren Zuschriften aus Baden bestätigt. Selbst an dem Orte, wo die beiden bekannten Scharfmacher des Verbandes wohnen, ist bisher noch nichts derartiges festzustellen gewesen, trotzdem in Freiburg eine Zwangslösung existiert. Natürlich, wenn es anderswo innerhalb einer solchen ebenso anschau wie in der obenbenannten, von einer Veröffentlichung der uns vorliegenden interessanten inneren Vorgänge sehen wir ab, ist wohl zu verstehen, wenn die Scharfmacherschen Bestrebungen noch nicht zur Tat gereift sind. Unsere badischen Kollegen werden nicht verschämen, daß wir unsere Verhandlungen interessant zu gestalten suchen, indem wir geeignete Vorträge halten lassen, anderthalb durch die Vorbereitung unserer Bibliothek, von der die Mitglieder ausgiebig Gebrauch machen können. In mehreren Versammlungen wurde von uns auch Stellung gegen das Bleiweiß und gegen das hier im Vergleich so viel verbrauchte Schweinfurter Grün genommen. In einer Versammlung, die von 25 Kollegen besucht war, waren 5 darunter, die an chronischer Bleikrankheit litten. Die Petition an den Bundesrat wurde von sämtlichen Kollegen unterschrieben. Außerdem verurteilten wir hier die Verarbeitung des Schweinfurter Grün, da dieses besonders fitzensterläden in großen Mengen ohne Mischung (?) verarbeitet wird. Mit Menscheid und Elberfeld wollen wir uns dieserhalb in Verbindung setzen. Gut bewährt hat sich das Bezirkssklavierweisen, durch welches die Mitglieder immer an uns erinnert werden und mit ihren Beiträgen nicht im Rückstand bleiben. Unser Versammlungsbesuch ließ viel zu wünschen übrig, müßte doch derselbe in einer kleinen Stadt prozentual größer sein wie in einer großen Stadt. Darum, Kollegen Solingen, rafft Euch auf, denkt nicht, daß Ihr nur mit der Bezahlung Eurer Beiträge genügend geleistet habt, sondern Hand ans Werk, jeder steile seinen Mann, auf daß die Gründungschaften uns nicht wieder aus der Hand genommen werden.

+ Eine öffentliche Anfrage richteten unsere Leipziger Kollegen an den Rat, woran es liegt, daß es mit den Malerarbeiten im Rathaus nicht vorwärts geht. Zu dieser Frage an den Rat der Stadt Leipzig glauben unsere Kollegen berechtigt zu sein angesichts der großen Arbeitslosigkeit in unserem Berufe und in Hinsicht darauf, daß schon im März teilweise die neuen Räume bezogen werden sollen. Eine auf Dienstag den 7. Februar, vormittags, einberufene Versammlung wird hierzu Stellung nehmen.

Hagen. (Situationsbericht.) Die Erfolge des vergangenen Jahres waren in unserer Filiale ziemlich befriedigend. Wenn wir auch in öffentlichen Versammlungen, deren eine in Hagen, die andere in Haspe stattfand, nicht viel erreichten, so hat doch die Agitation von Mund zu Mund es bewirkt, daß wir in diesem Jahre 70 Aufnahmen machten. Dadurch, daß wir im Spätherbst, wenn auch gegen den Widerstand einiger Kollegen, die Hausklassierung einführten, haben wir es bewerkstelligt, daß die größte Zahl der Aufgenommenen auch dem Verband treu blieb. Die Hausklassierung kann deshalb nur empfohlen werden. Leider sind viele ältere, hier ansässige Kollegen und die Kollegen von den größten Werkstätten für die Organisation noch nicht gewonnen. Höhere Löhne, ja das wäre etwas, aber Opfer dafür bringen — nein, das wollen sie nicht, lieber wird anderwärts das Geld verbracht. Einige Aufnahmen holen wir auch jetzt im Winter nach. Schon früher war der Gedanke hier aufgetaucht, eine Fachschule zu gründen. Aber erst im Dezember v. J. konnte der Plan verwirklicht werden und zwar mit Hilfe der Stadt Hagen. Die Stadt stellt 2 Schulräume, Licht, Heizung und Material nebst 2 Lehrkräften aus unseren Reihen. Nur läuft der Besuch noch zu wünschen übrig. Hoffentlich ändert sich das noch. Durch die Einrichtung, daß alle 14 Tage Versammlungen mit wissenschaftlichen Vorträgen stattfinden, hoffen wir, daß das Interesse der Mitglieder an der Organisation noch mehr gehoben wird. Wenn nun jeder Kollege seine Pflicht tut und kräftig agitiert, dann werden auch wir hier andere Verhältnisse in unserem Berufe schaffen können. Notwendig ist es.

Neunkirchen. (Situationsbericht.) Unsere Filiale hatte im vorigen Jahre an Aufnahmen 22 Kollegen zu verzeichnen; zugereist kamen 32, abgereist 39, gestrichen 2. Von den abgereisten Kollegen haben 8 es nicht nötig gefunden, sich ordnungsmäßig abzumelden. Beiträge haben das völle Jahr 38 Kollegen bezahlt gegen 26 im vorhergehenden Jahr. Unsere Gefälscheinnahme insl. des Kassenbestandes betrug 1221.23 M, die Ausgabe 762.22 M, mithin bleibt der Filiale ein Kassenbestand von 459.01 M. Für Krankenunterstützung wurden 32.92 M verbraucht. Für Einkassierung von Beiträgen wurden 75 M und zur Ergänzung unserer reichhaltigen Bibliothek wurden 49.30 M ver-

ausgebracht. Im verflossenen Jahre fanden 24 Mitgliedsversammlungen statt, die im Durchschnitt ziemlich gut besucht waren. Die ersten Frühjahrssammlungen beschäftigten uns hauptsächlich mit der Regelung des Zolltariffs sowie mit Eragnung und Neuwahl des Beihilfenausschusses. Erstere fand dahin Erledigung, daß durch Vereinbarung ein Mindestlohn von 45 M sowie einige Abänderungen des alten Zolltariffs anerkannt und auf ein Jahr festgelegt wurden. Hierdurch hatten wir eine Lohnzulage von 3 M pro Stunde zu verzehnen. Einige Verfälle gegen den Zolltarif wegen nicht Einhaltens der festgelegten 1½-stündigen Mittagspause kamen vor, ein Uebel, dem aber unbedingt abgeholfen werden muß. Was unsere Arbeitsangelegenheit anbetrifft, können wir konstatieren, daß selbige im ersten Halbjahr eine sehr günstige und im Herbst noch eine gute zu verzeichnen war. Die Höchstmitgliederzahl betrug 74, wovon am Schlusse des Jahres 43 Kollegen verblieben, deren Angehörigkeit zum Verband folgendermaßen ist: 1 Kollege ist 1899 eingetreten, 1 : 1890, 2 : 1892, 3 : 1895, 3 : 1897, 5 : 1898, 6 : 1899, 2 : 1900, 5 : 1901, 1 : 1902, 3 : 1903 und 10 : 1904. Was unsere sonstigen Verhältnisse anlangt, so ist es unsere Pflicht, eifrig für Verstärkung unserer Organisation sowie zum Schutze der Versammlungen einzutreten, damit wir auch die letzten noch ferstehenden 5-6 Kollegen, unsere Verhältnisse finden, da wir doch alljährlich ein gut Teil arbeitslos, und die Preise für Wohnungen und Lebensmittel stets im Steigen begriffen sind.

Solingen. (Situationsbericht.) Der wichtigste Vorgang im verflossenen Frühjahr waren die Vorbereitungen zur Lohnbewegung. Unter aufgestellter Zolltarif wurde der neugegründete Zwangslösung vorgelegt; ebenfalls bekannten die einzelnen Meister der Zahlstellen Wald und Ohligs denselben zugestellt. Unsere Hauptforderung war 45 M Mindestlohn (Stundenlohn). Die Walder und Ohliger Meister erkannten den Zolltarif unterschiedlich an, wohingegen die Solinger Meister in 2 Kommissionssitzungen mit uns unterhandelten. Das Resultat war, daß wir uns für Solingen mit 42 M Mindestlohn begnügen müssten. Der Grund war nur allein der, daß wir noch nicht stark genug organisiert waren, um unsere aufgestellten Forderungen durchzudringen. Als den Walder und Ohliger Meister zu Ehren kamen, daß die Solinger Meister die Forderungen niedriger gestellt hatten, verlangten sie von uns Gleichstellung mit Solingen und kam es dieserhalb zu einer dreistündigen Arbeitsniederlegung. Bei diesem einmütigen Vorgehen gaben die Meister nach. Unser Tarif gilt vom 1. April 1904 bis 1. April 1906. Es war dieses die erste Forderung der hiesigen Kollegen. Die Zahlstelle Ohligs wurde in diesem Frühjahr gegründet. Die Zahlstelle Wald bestand schon seit Juni vorigen Jahres; beide Zahlstellen haben einen durchschnittlichen Mitgliederbestand von 20 Kollegen. Der Mitgliederbestand von Solingen beträgt 50 Kollegen. Bei der im Frühjahr stattgefundenen kräftigen Agitation bekamen wir einen großen Mitgliederzuwachs; leider hielt es der größte Teil der neu aufgenommenen Kollegen nicht mehr würdig, die Beiträge weiter zu bezahlen, nachdem der Tarif abgeschlossen und gingen ihren alten Schleuderian weiter, obgleich von unserer Seite alles angeboten wurde, uns die Kollegen zu erhalten; eine teils, daß wir unsere Versammlungen interessant zu gestalten suchten, indem wir geeignete Vorträge hielten, anderthalb durch die Vorbereitung unserer Bibliothek, von der die Mitglieder ausgiebig Gebrauch machen können. In mehreren Versammlungen wurde von uns auch Stellung gegen das Bleiweiß und gegen das hier im Vergleich so viel verbrauchte Schweinfurter Grün genommen. In einer Versammlung, die von 25 Kollegen besucht war, waren 5 darunter, die an chronischer Bleikrankheit litten. Die Petition an den Bundesrat wurde von sämtlichen Kollegen unterschrieben. Außerdem verurteilten wir hier die Verarbeitung des Schweinfurter Grün, da dieses besonders fitzensterläden in großen Mengen ohne Mischung (?) verarbeitet wird. Mit Menscheid und Elberfeld wollen wir uns dieserhalb in Verbindung setzen. Gut bewährt hat sich das Bezirkssklavierweisen, durch welches die Mitglieder immer an uns erinnert werden und mit ihren Beiträgen nicht im Rückstand bleiben. Unser Versammlungsbesuch ließ viel zu wünschen übrig, müßte doch derselbe in einer kleinen Stadt prozentual größer sein wie in einer großen Stadt. Darum, Kollegen Solingen, rafft Euch auf, denkt nicht, daß Ihr nur mit der Bezahlung Eurer Beiträge genügend geleistet habt, sondern Hand ans Werk, jeder steile seinen Mann, auf daß die Gründungschaften uns nicht wieder aus der Hand genommen werden.

Strasbourg i. Els. (Situationsbericht.) Das vergangene Jahr war für die Filiale wieder ein Fortschritt, der dem unermüdlichen Arbeiten verschiedener Kollegen zu verdanken ist. Durch Einführung der Hausklassierung, welche jetzt so ziemlich gut funktioniert, ist es uns gelungen, die gewonnenen Kollegen auch zu behalten, so daß sich die Zahl derjenigen verringert, welche leider oft wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden müssen. Zu Anfang des vorigen Jahres setzte die Agitationskommission kräftig ein; es fanden Werkstattversammlungen statt und wurde auch auf den Bauten gut agitiert, so daß wir im Frühjahr dem Drängen der Kollegen nachgegeben und unseren Meistern einen Tarif einreichen mussten. Dieses Vorgehen brachte die Meister natürlich „Alle Mann auf Deck“. Sofort wurde die schon seit Noahs Zeiten in den Geburtswehen sich befindende Firma gehoren mit der Verkündung, wenn sich die Gehüßen organisieren, dann müssen es die Meister auch. So lange als wir Gehüßen nichts von uns hören ließen, war keine Spur von einer Firma zu entdecken. „Im grauen Nebel lag's“. (Doch ein Stern war uns erschienen in Gestalt eines Gutshofs über das Bleiweiß, ich erinnere mir an die berühmte Bleiweißbroschüre, in der eine nicht existierende Firma angegeben wurde.) Der ganze Zweck der Firma gründerei war ja natürlich nur der, unsere gerechten und zu bescheidenen Forderungen in die Länge zu ziehen, was auch die „Herren im Hause“ zum Teil fertig gebracht haben mit Hilfe der Unorganisierten. Es bewilligten nur einige kleine Meister unseren Tarif, jedoch können wir konstatieren, daß der von uns geforderte Mindestlohn von 40 M stets schweigend bezahlt wird, überhaupt durchweg eine Aufbesserung von 2-3 M die Gründe statthaft. Leider wurde auch unsere Bewegung sehr gehemmt durch unseren damaligen Vorsitzenden und ehemaligen Klassierer, welcher uns in den Kampf führte und dann im Stich ließ; es gab der Filiale einen kleinen Rückslag, welcher aber durch neue Aufnahmen mehr als gedeckt wurde. Am 7. Januar v. J. fand unsere Generalversammlung statt, in welcher sämtliche Kollegen wieder in die Ver-

waltung gewählt wurden, mit Ausnahme des Kassierers, welcher jedoch als Revisor fungiert. Unsere Lokalkasse ist durch die verausgabten Gelder für Agitation sehr schwach. Wir haben hier in Elsass-Lothringen einen schweren Stand und mit manchem nationalen Hindernis zu kämpfen, welches die Filialen in Alt-Deutschland nicht haben. Es wäre daher sehr notwendig, wenn hier von Seiten des Hauptvorstandes die Lage in Elsass-Lothringen mehr ins Auge gesetzt würde, denn wo die Lokalkasse schwach ist, kann die nötige Agitation nicht eingesetzt werden, da die daran immer beteiligten Kollegen ja schon mit Opfern genug belastet sind; es wäre daher wünschenswert, wenn sich die nächste Generalversammlung etwas mit der Lage in Elsass-Lothringen beschäftigen würde. Es ist uns hier leider nicht gelungen, obwohl wir die stärkste Filiale im 31. Wahlbezirk sind, unsere Delegierten durchzudrücken. Nun wir wollen hoffen, daß unsere Anträge in der Generalversammlung doch einige Beachtung verdienen werden, auf daß wir wieder neu gefärbt mit frischem Mute unsere Pflicht weiter erfüllen können zum Nutzen unserer Organisation und zum Nutzen derjenigen, welche uns noch fern stehen, aber jederzeit bereit sind, die Früchte unserer Arbeit mit zu teilen.

Bericht der Agitationskommission von der Provinz Brandenburg.

Neun Monate sind verflossen, seit die jetzige Agitationskommission ihre Tätigkeit aufnahm. Abgesehen von der Veränderung in der Zusammensetzung, soweit es sich nur um andere Personen handelt, unterscheidet sich die jetzige Kommission gegenüber ihren Vorgängern besonders durch ihren besoldeten Obmann.

Die Haupttätigkeit des Obmannes mußte sich naturgemäß auf Berlin und seine ausgedehnten Vororte erstrecken. Berlin ist und wird auch das von uns am meisten zu beachtende Agitionsschild der Provinz Brandenburg bleiben. Hier ist der größte Teil, man kann wohl sagen — die Lackierer mit eingerechnet — 80 Prozent, der in der Provinz beschäftigten Verfussangehörigen vorhanden. Dass die Agitation hier am erfolgreichsten, am dauerhaftesten ist, beweisen uns die letzten Jahre sehr deutlich. Wurden doch nicht weniger als 3689 Neuauflnahmen in den letzten zwei Jahren vollzogen. 1903: 1700 und 1904: 1989, mit Ausnahme von Charlottenburg. Das bei diesem Wachstum der Berliner Filiale fesselt die laufenden Bureauarbeiten ein Kollege nicht mehr imstande war, jederzeit zu bewältigen, wird wohl jeder begreifen. Jedoch dies nur nebenbei. Es soll hiermit durchaus nicht gesagt werden, daß die Provinz als etwas nebenfächliches zu betrachten sei. Das Eine steht aber außer Zweifel: Haben wir erst die große Masse, welche uns immer noch fernsteht, hinter uns d. h. als Mitglieder der Vereinigung gewonnen, so dürfte es nicht mehr so schwer sein, die Kollegen, welche jährlich zu Hunderten zu- und durchreisen, der Vereinigung anzuhören. Von welchem Einfluß dieses aber gerade für die Provinz ist, bedarf hier wohl keiner Erörterung. Es ist wohl auch wichtig genug, hier einmal festzustellen, daß Berlin zur Zeit nicht weniger als 15 Zahlstellen in der Provinz besitzt, oder richtiger gesagt, in circa 25 Ortschaften Mitglieder wohnen, die zur Filiale Berlin gehören. Also schon eine ganz nette Provinz.

Durch die Verschmelzung der Filialen, welche zu einem Lohngebiet gehören, ist die Provinz um zwei Filialen, Niedorf und Gr.-Richterfelde, weniger geworden. Die dritte Filiale Charlottenburg, welche gleichfalls zum Lohngebiet Berlin gehört, hat sich noch nicht entscheiden können, dem Entschluss der Berliner Generalversammlung zu folgen. Wenn wir nun von der neugegründeten Filiale Grüneberg absehen, welche ja eigentlich nicht mehr zu der Provinz Brandenburg gehört, so bestehen zur Zeit 16 Filialen mit insgesamt 21 Zahlstellen, die sich wiederum auf 46 Ortschaften in der Provinz Brandenburg ausdehnen. Außer Grüneberg ist im vergangenen Jahr nur noch Oranienburg, als Zahlstelle zu Berlin gehörig, wieder ins Leben gerufen worden.

Zinnungen bestehen an 19 Orten und zwar 11 Zwangs- und 8 freie Zinnungen. Die Zahl der Arbeitgeber beziffert sich auf circa 1750 in den vorgebundenen Ortschaften. Lehrlinge kommen etwa 850—900 in Betracht. Von diesen entfallen 330 auf Berlin (bei 1200 Arbeitgebern), die übrigen 520—570 verteilen sich auf die 550 Arbeitgeber der Provinz.

Während also in Berlin auf ungefähr 7 Arbeitgeber 2 Lehrlinge entfallen, ist in der Provinz die Zahl der Lehrlinge mindestens ebenso groß wie die der Meister.

Arbeitnehmer wurden circa 9850, einschließlich 1000 Lackierer, in den Filialen resp. Zahlstellen gezählt. Von diesen waren laut Abrechnung vom dritten Quartal 1904 4180 organisiert. Nach der Abrechnung desselben Quartals 1903 betrug die Zahl der Organisierten 3181. Das bedeutet eine Zunahme im letzten Jahr von 999 Mitgliedern. Hieron entfallen auf Berlin 719, während 280 sich auf die Filialen in der Provinz verteilen. Drei Filialen (Wandsberg, Cöpen und Biesenthal) sind an dieser Zunahme nicht beteiligt, diese haben im Gegenteil einen kleinen Rückgang zu verzeichnen. Es handelt sich aber bei allen drei Filialen nur um wenige Mitglieder, was event. auf Zufälligkeiten zurückzuführen ist.

Die Arbeitszeit ist noch eine sehr verschiedene. In 5 Ortschaften beträgt die Arbeitszeit (Sommer) 9 Stunden, 9½ Stunden wird einmal gearbeitet, während in 6 Ortschaften noch 10, in 3 noch 10½ und einmal (Brenzlau) sogar noch 11 Stunden gearbeitet wird.

Der Lohn richtet sich auch ganz natürlich nach der Länge der Arbeitszeit. Wo die Arbeitszeit am längsten, ist der Lohn am niedrigsten. Eine alte Erfahrung übrigens.

Ein Stundenlohn von 30 M wird noch in 3 Ortschaften, ein solcher von 35—40 M in 7 Ortschaften gezahlt. Dann folgen 3 Orte mit 45—48 M , während Gr.-Berlin d. h. mit Niedorf, Charlottenburg und Gr.-Richterfelde sowie Spandau einen Minimallohn von 50 bezw. 55 M pro Stunde durch Tarif vereinbart haben. In 6, von den 16 Städten, wo unsere Filialen bestehen, existieren überhaupt nur Verträge, 3 von diesen sind erst im vorjährigen Jahr zustande gekommen und zwar in Eberswalde, Spandau und Frankfurt a. O. In Eberswalde waren die Kollegen am 17. März in den Streik getreten und beanstanden denselben durch Vergleich vor dem Einigungsamt des Gewerbege richts am 26. März. Erreicht wurde eine Aufbesserung des Lohnes um 2½ M per Stunde sofort und eine weitere Erhöhung um 2½ M , also 40 M die Stunde überhaupt, vom 1. Januar 1905 ab. Für Überstunden und Sonntagsarbeit wurde ein Aufschlag von 10 M vereinbart. Beim Ausfallen von Rüstungen und Streichen der Fassaden wird ein Aufschlag von 2½ M pro Stunde gewährt.

Spandau folgte Eberswalde auf dem Fuße und legte am 29. März die Arbeit nieder, nachdem auch hier die Firma sich nicht dazu verstanden hatte, bei den Verhandlungen einen Tarif abzuschließen. Aber schon nach 5 Tagen war dieser Streik beendet und zwar mit vollem Erfolg unserer Kollegen. Nur dem nachdringlichen Vorgehen der Spandauer Kollegen war dieser schnelle und durchschlagende Erfolg zu verdanken. In Spandau bestehen nunmehr dieselben Lohn- und Arbeitsverhältnisse wie in Berlin. Nur für die Sonntagsarbeit wird in Berlin 30, und für Überstunden 5 Prozent mehr Aufschlag pro Stunde gezahlt.

In Frankfurt a. O., im dritten Streikort unserer Provinz, ging die Sache nicht so glatt von Statten. Hier dauerter der Ausstand, im Verhältnis zu den anderen beiden Städten, lange, nämlich drei Wochen und trotzdem wurde die Forderung nur zum Teile durchgebracht. Der Stundenlohn von 40 M , der früher sehr selten gezahlt wurde, ist jetzt allgemein geworden. In den Kollegen, die der Vereinigung angehören, lag die Schuld des geringen Erfolges nicht. Hier waren eine ganze Reihe anderer Momente von ausschlaggebender Bedeutung. Die Konjunktur war keine besonders gute. Die paar großen Firmen, bei denen die Arbeit zum Teil brachte, konnten sich mit ihren alten Leuten, die sich aus ihren alten Bildern nicht mehr heranstrahlen und einer jungen Lehrlinge dazu, über Wasser halten. Zugleich hielt der vorhandene Gehalt nahezu dasselbe eine ganz traurige Rolle. Die Organisation hatte hier noch niemals ihren Einfluß auf die Zusammenziehung des Gehälterausschusses ausüben können, weil die dortige Filiale schon wiederholt nach kurzem Festhalten zu Grunde gegangen war. Die jetzige Filiale bestand zur Zeit des Streiks noch nicht einmal ein volles Jahr. Es fehlte mithin jede planmäßige grundlegende Vorbereitung, die jede Organisation unter allen Umständen überall zu verrichten hat, wo noch alte, mögliche Überreste einer indifferenter Zeit ihr den Weg zu einer geordneten Entwicklung versperren. Die Frankfurter Kollegen haben aber gelernt, sie haben bereits zum Teil das nachgeholt, was sie eigentlich vorher hätten machen müssen. Auch ein Erfolg, der durchaus nicht zu unterschätzen ist.

Zu Landsberg a. R. haben unsere organisierten Kollegen unter der so oft unbegreiflichen Gleichgültigkeit der auswärtigen verherrlichten Kollegen zu leiden. Trotzdem dort die Arbeitszeit noch eine 10½-Stundige ist und der Lohn sehr selten bis Höhe von 35 M pro Stunde erreicht, fühlten sich diese Kollegen nicht veranlaßt, Mitglieder der Vereinigung zu werden und die Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage anzustreben. Als im Frühjahr vorjährigen Jahres sich der Gehälterausschuss nach langem Drängen herbeilte, einen von uns aufgestellten Lohntarif bei der Innung einzurichten, kam es auch zur Verhandlung. Der Gehälterausschuss ließ sich aber von einer handvoll Arbeitgeber als Fangball benutzen. Am 7. Mai 1904 beschloß eine von über die Hälfte der Innungsmitglieder (28) besuchte Versammlung, den Tarif bis auf wenige Punkte anzuerkennen. Ein Protokoll wird ausgesetzt und als eine von der Versammlung beschlossene Sache auch unterstrichen. 8 Tage später kommen 7 Mitglieder der Innung — zum größten Teil Vorstandsmitglieder — wieder zusammen und beschließen, alle abzulösen. „Der Beschluss der Versammlung vom 7. Mai war für sie nicht maßgebend, denn sie beschäftigten die meisten Gehälter.“ Der Gehälterausschuss ist aber auf dem Posten — das muß man ihm lassen — er war auch hier wieder vertreten und — unterschiedlich gewissenhaft — fast alle diese Sichtlinien Dokumente. Da zweimal hat wohl jeder dieser gewissenhaften Vertreter der Arbeitnehmer die Niederlage ins Tintenfass gestempeln müssen. — Für diesmal mag dieses eine Beispiel genügen, finden kann man leider derartige Zustände noch recht häufig. Hier bedarf es noch einer gründlichen Aufklärung.

Auch in diesem Jahre werden einige Städte unserer Provinz versuchen, ihre Lage zu verbessern. Wir wollen hoffen, daß vorstehendes Beispiel so abschließend auf unsere Kollegen wirkt, daß sie alle auf dem diesjährigen Kampfplatz Schulter an Schulter kämpfen erscheinen.

Verhandlungen wurden in diesen neuen Monaten 28 von der Kommission abgehalten. An Postsendungen sind eingegangen 126 Briefe bzw. Karten, 7 Depeschen und 3 Ausweise. Die Ausgänge beziehen sich auf 138 Briefe bzw. Karten und 4 Depeschen. Außerdem wurden 4 Tarife und Handzettel in circa 250 Exemplaren angefertigt und verschickt.

Die Ausgaben der Kommission betragen in dieser Zeit 682,18 M . Hieron entfallen 397,11 M für Überwachung von Streiks, die der Obmann im Auftrage des Vorstandes ausführte. Mithin beträgt die eigentliche Ausgabe der Kommission für die Provinz nur 285,18 M .

Von der Abhaltung einer Provinzkonferenz in diesem Jahre hat die Kommission Abstand genommen. St.

Versammlungsberichte.

Bremen. Am 5. Januar stand im Gewerkschaftshause unsere Generalversammlung statt. Nach Verlesen der Abrechnung vom 4. Quartal erstattete Kollege Adam den Jahresbericht, woraus zu erkennen, einer wie beträchtlichen Schwankung die Mitgliederzahl unterworfen ist. Es ist daher Pflicht eines jeden Kollegen, als Mitglied dafür zu sorgen, seinen Verpflichtungen dem Verbande gegenüber gewissenhaft nachzukommen. Es genügt nicht, wenn ab und zu einmal der Beitrag entrichtet wird. Für jeden Kollegen muß es eine Ehre sein, sein Mitgliedsbuch in voller Ordnung zu haben. Zum provisorischen Geschäftsführer wurde Kollege Adam gewählt, derselbe begann seine Tätigkeit schon vom 1. Januar ab. Zu den bisherigen Haushältern sind noch 6 dazu gewählt, mithin ist es den Mitgliedern so einfach wie möglich gemacht, die Beiträge pünktlich zu entrichten. Die Marlen werden von nun an sofort in das Mitgliedsbuch geliefert und abgestempelt. Einen wesentlichen Fortschritt hat die Filiale durch die Lackierer gehabt, indem die Mehrzahl der Lackierer endlich einmal zu der Einsicht gekommen ist, sich zu organisieren; herrschen doch hier arge Mißstände in den Lackierwerkstätten, schlechte Behandlung, miserabler Lohn bei 12—15-stündigem Schaffen den Tag. Aber nicht nur die Kollegen der Waggonfabriken haben sich zu organisieren, sondern es ist Pflicht, auch in den Wagenbuden einmal gründlich aufzuräumen und deshalb darf kein Lackierer fehlen.

Cöln. In der Januar-Generalversammlung kam, nachdem zuerst die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen war, der Geschäfts- und Kassenbericht des vierten Quartals und des Jahres 1904 zur Erledigung. Kollege Alberg erstattete den Geschäftsbericht, woraus hervorgeht, daß die Agitation, außer den regelmäßigen Ver-

sammlungen, in zahlreichen Sitzungen und Werktatbesprechungen betrieben wurde. In den öffentlichen Versammlungen wurde die Bleidosefrage, der Unglücksfall bei der Firma Niederhöfner und die schändliche Handlungsweise des christlichen Centralvorstandes bei der Firma Henning und Witt behandelt. Aus dem Kassenbericht, den Kollege Buchholz gab, geht hervor, daß die Organisation im letzten Jahre zufriedenstellende Fortschritte gemacht hat. Die Gemeinschaftnahme beträgt 10 800,72 M , der eine Ausgabe von 10 579,83 M gegenübersteht. Beitragsmarken wurden 28 924 und Eintrittsmarken 518 verkauft. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des Jahres 661. Im Jahresdurchschnitt, nach den verkauften Marken berechnet, betrug die Mitgliederzahl 656 gegenüber 380 im Jahre 1903. Am besten ist der Fortschritt ersichtlich, wenn wir die Mitgliederzahl nach den verkauften Marken quartalsweise dem Vorjahr gegenüberstellen:

1. Quartal 1903: 257 Mitgli. 1904: 312 Mitgli.
2. Quartal 1903: 416 Mitgli. 1904: 566 Mitgli.
3. Quartal 1903: 469 Mitgli. 1904: 741 Mitgli.
4. Quartal 1903: 386 Mitgli. 1904: 608 Mitgli.

Aufgenommen wurden 518 Kollegen; dennoch müste, wenn der Zu- und Abgang nicht so groß wäre, die Mitgliederzahl bedeutend größer sein. Die Filiale setzt sich aus 9 Zahlstellen zusammen. Die Einkassierung der Beiträge wurde von 25 Kollegen besorgt. Der große Wechsel der Haushälter veranlaßte uns, einen festen Haushälter am Schluß des Jahres in der Person des Kollegen Quanz anzustellen. Der Arbeitsnachweis wurde von 288 Kollegen in Anpruch genommen, 137 Arbeitgeber suchten 230 Gehälter; eingestellt durch den Arbeitsnachweis wurden 124 Kollegen. Im Laufe des Jahres wurden 2 Statistiken aufgenommen. Bei der ersten, woran nur Mitglieder beteiligt waren, betrug der Durchschnittslohn für Köln 48,7 M , für Mühlheim 47,3 M , für Kalk 44,5 M . Die zweite, als gemeinsame Statistik, hatte das Resultat, daß der Durchschnittslohn im allgemeinen 49,1 M betrug. Für Kollegen über 20 Jahre betrug derselbe 49,7 M , und unter 20 Jahren 44,9 M . Der Lohn schwankt zwischen 25—65 M per St. Zu 7 Betrieben bestand die Pflichtige, in 39 Betrieben die 9½-stündige und in 44 Betrieben die 10½-stündige Arbeitszeit. Der Verkehr durch die Post hatte 314 Eingänge und 1594 Ausgänge zu verzeichnen. Der bisherige Vorstand wurde mit Ausnahme des Vorsitzenden, auf den die Majorität fiel, einstimmig wiedergewählt. Mit erheblicher Stimmenmehrheit wurde in geheimer Abstimmung der Sommerbeitrag auf 30 M festgesetzt. Den streitenden Bergleuten wurde 50 M aus der Tasche bewilligt und eine sofort vorgenommene Sammlung ergab 25 M .

Elberfeld-Warmen. Eine reichhaltige und wichtige Tagesordnung war es, welche in der kombinierten Mitgliederversammlung von 8. Januar der Erledigung harrete. Und daß die Mitglieder beider Filialen der vorliegenden Materie das nötige Interesse entgegenbrachten, bewies der zahlreiche Besuch obiger Versammlungen am besten. Kollege Buchholz-Cöln referierte zum 1. Punkt, die Verschmelzung beider Filialen. Er legte in kurzen Zügen an der Hand einiger Beispiele den anwesenden Kollegen den Vorstell einer einheitlichen Verwaltung und gemeinsamer Arbeit dar. In der sehr anregend verlaufenen Diskussion wurde der Gedanke einer Verschmelzung lebhaft begrüßt und bestätigt, daß, wenn man bisher von einer Lösung dieser wichtigen Frage abgesehen habe, der Grund davon nur in den eigenartigen örtlichen Verhältnissen zu suchen sei. Wollte man durch eine Fusion die Filiale auf eine gesunde Basis bringen, so sei die Anstellung eines Kollegen, welcher die Geschäfte führe und sich ganz dem weiteren Ausbau der Organisation widme, eine zwingende Notwendigkeit. Des Weiteren lege uns die bevorstehende Lohnbewegung die Dringlichkeit eines einheitlichen Vorgehens nahe. Hierauf erfolgte die Abstimmung und wurde in dieser die Verschmelzung mit allen gegen 2 Stimmen beschlossen. Zu Punkt 2 gab Kollege Moritz eine kurze Begründung unserer aufgestellten Forderungen. Dieselben enthalten in der Hauptsache folgendes: 50 M Stundenlohn, 5 M Aufschlag für Fassadenarbeit, 15 M für Überstunden und 25 M für Nacht- und Sonntagsarbeit. Gleichzeitig soll die Lohnzahlung Freitags erfolgen. Nach einer kurzen Ausprache fanden die aufgestellten Forderungen einstimmige Annahme. Zu Punkt 3. Punkt der Tagesordnung wurden die vorzunehmenden Wahlen glatt erledigt, so daß gegen 7½ Uhr die um 3 Uhr nachmittags begonnene interessante Versammlung ihren Abschluß fand. — Ansichts der gefassten Beschlüsse erwächst nunmehr allen Kollegen die Pflicht, unablässl. für die weitere Entwicklung unserer neuen Filiale Sorge zu tragen. Namenslich jetzt, in Anbetracht der gegenwärtigen Situation muß doppelt geschafft werden, um auch den letzten Kollegen der Organisation zuzuführen. Unsere Parole lautete: Vorwärts, zu neuer Arbeit, zu neuen Erfolgen!

Froh. In der Januar-Generalversammlung wurde vorerst die Delegiertenwahl und dann die Filialangelegenheiten erledigt. Der Vorsitzende Kollege Bull machte die Anwesenden darauf aufmerksam, daß der Mitgliederbestand gleich dem vorjährigen geblieben sei. Dies müsse für alle eine Mahnung sein, mit größerem Eifer für die Gewinnung der noch auftretenden Kollegen einzutreten. Soll es vorwärts gehen, müssen wir eilig und geschlossen darstellen. Der Gewerkschaftsdelegierte gab bekannt, daß vom 1. April d. J. ab ein Sekretariat in Kraft trete, wozu pro Mitglied und Monat 10 M zu entrichten wären, die durch Marken quittiert würden. Die Versammlung beschloß demgemäß einstimmig. Darauf kamen noch verschiedene Mißstände in einigen Werkstätten zur Sprache, worauf die Versammlung geschlossen wurde.

Frankfurt a. M. In den Adlerfahrradwerken norm. Heinrich Kleher gibt es keine Ruhe, die Direktion mahregelt immerzu Arbeiter, die sich „gegen die Ordnung“ der Fabrik „ausgelehnt“ haben sollen. Jeder, der sich irgendwie erlaubt, seinen Nebenkollegen eine Einladung zu einer Versammlung zu übermitteln, oder geschweige gar einen Vortrag darüber verliest, der fliegt. Das Spiegel- und Denunziantenwesen ist in diesem Betrieb vollständig organisiert und leider sind eben unter den Arbeitern immer noch Leute, die dabei den „Judas“ spielen. Seit Oktober sind schon über 10 Kollegen auf diese Weise in diesem Betrieb entlassen worden. Der Herr Generaldirektor Kleher erklärte am 8. Oktober bei Unterhandlungen dem Kollegen Zimmermann gegenüber, daß er gegen die Organisation nichts einzuwenden habe, wie ich diese Erklärung aber nunmehr mit den neuesten Entlassungen, die am Dienstag den 17. und Freitag den 20. Januar vorgenommen sind, in Einklang zu bringen? Die Entlassung von 4 Kollegen erfolgte, weil sie am Montag den 16. Januar eine Lackiererversammlung besuchten, die sich mit den Verhältnissen der Firma beschäftigte. Ein Denunziant hatte dem Lackiermeister bereits am

selben Abend noch Bericht erstattet und am Dienstag mittag 1/12 Uhr erfolgte sofort die Entlassung eines Kollegen, der an der Versammlung teilgenommen hatte. Also wenn die Arbeiter von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen, dann siegen sie. Bei dem folgenden Abstimmung schreiten Worte und Taten sich aber auch nicht miteinander zu vertragen. Die Firma will also keine Ruhe haben, gut, sorgen wir dafür, daß sie auch keine bekommt. Vor allem warnen wir die Lackierer dringend, keine Arbeit bei den Alderfahrtwerken anzunehmen und uns auf diese Weise im Kampfe zu unterstützen. Zugang von Lackierern ist also bis auf weiteres streng fernzuhalten.

Königsberg. Mitgliederversammlung am 10. Januar. Kollege Holz eröffnete die Versammlung mit dem Wunsche, daß alle Versammlungen in diesem Jahre besser beacht werden mögen, wie im vorigen Jahre, denn die Teilnahme an denselben wird auch als Stärke der Organisation aufgefasst. Als Verteilertes zur Generalversammlung wurde Kollege Holz gewählt. Alsdann gab der Kassierer Tuttles den Haushalt für 1904. Die Einnahmen betrugen 5000,00 M., die Ausgaben 5454,91 M., mithin Haushalt 145,15 M. Alsdann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht, aus dem zu entnehmen ist, daß die Filiale trotz der schwierigen Verhältnisse einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen hat. Die Geschäfte der Filiale wurden in 11 Versammlungen und 22 Vorstandssitzungen erledigt; außerdem waren durch die Kleinarbeit 25 Zusammenkünfte nötig. Von den im Oktober ausgegebenen Fragebögen wurden 250 zurückgegeben. Besonders merkwürdig sei die Statistik über die Arbeitslosigkeit, welche durchschnittlich 10% Wochen betrug, darunter ein Kollege mit 30 Wochen. Mit Recht äußerten sich mehrere Kollegen über das brutale Verhalten der Meister gegenüber Lohnforderungen von unserer Seite, angelehnt dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit. Kollege Holz forderte die Kollegen auf, bei Wiederabgabe von Fragebögen dieselben gewissenhaft auszufüllen. Beim Punkt Anträge zur Generalversammlung wurden die von der Filialverwaltung vorgeschlagenen Anträge angenommen.

Stettin. Am 11. Januar tagte hier im Gewerbehause unsere erste diesjährige Versammlung. Zunächst wurde die Wahl des Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen. Hier anschließend wurde über die Anträge des Hauptvorstandes diskutiert. Nach dem Haushalt, den der Kollege Wogenbusch brachte, war die Einnahme im 4. Quartal 1904 insl. Bestand vom 3. Quartal 1877,04 M., die Ausgabe betrug 978,60 M., so daß ein Kassenbestand am Schluß des 4. Quartals von 898,44 M. verbleibt. Die Gesamtausgabe im vorigen Jahre betrug 4135,64 M., davon sind für Umlauf an Beitragsmarken 3850,75 M. für Aufnahmen 123 M. für Vermittlungen im Arbeitsnachweis 58 M. an Nebenkästen bei Vergnügungen 45,97 M. Die Gesamtausgabe betrug in derselben Zeit 3876,42 M. und zwar an die Hauptkasse 2013,42 M. gekündigt, für Kassenunterstützung 327,85 M. für Reiseunterstützung 39,63 M. für Sterbegeld 95 M. Außerdem wurden an frische Mitglieder 108,50 M. aus Lokalmitteln gezahlt. Des Weiteren erhielten verheiratete Kollegen, welche arbeitslos waren, zu Weihnachten für jedes Kind 3 M., in Summa 111 M. Die Ausgabe für die Verwaltung betrug 347,65 M. Beiträge an das Kartell 114,30 M., Bibliothek 42,40 M., Haussatzierung 415,88 M. Da die Arbeitslosen im Winter keine Beiträge zahlen, wurde hierfür 52,90 M. ausbezahlt. Die Mitgliederzahl ist gegenüber 1903 etwas kleiner geworden. Nach den verlaufenen Beitragsmarken betrug dieselbe im Jahre 1903: 214, 1904: 190, also 24 weniger. Dieses will schon etwas bedeuten, denn wir halten in den letzten Jahren immer eine Zunahme zu verzeichnen. Demgegenüber wurden die Versammlungen zu besser beachtet. Die Durchschnittszahl der Besucher war im Jahre 1904: 51 gegen 42 im Jahre 1903. Wenn auch die Zahl der Mitglieder etwas herabgegangen ist, so ist doch zu konstatieren, daß wir größtenteils mit festen Mitgliedern zu tun haben. Neben die Aktion zur Gewinnung neuer Mitglieder ist nicht viel zu berichten. Die geplante Agitation mußte, dank dem Verhalten der Kollegen beim ersten Auftaup wieder aufgegeben werden. Um mit allen Mitgliedern eine Aussprache herzuführen, wurde der Ort in 5 Bezirke eingeteilt. In den einzelnen Bezirken sollten dann Befragungen, die erste mit Organisierten, die andere mit Organisierten und Unorganisierten stattfinden. Die ersten Sitzungen wurden der Reihe nach abgehalten und trotzdem die Kollegen per Handzettel eingeladen wurden, ist der Beifall ein schlechter zu nennen. Von 191 Eingeladenen

waren 77 erschienen. Aus diesem Fernbleiben ist wohl am besten zu erschließen, welches Interesse die meisten den schlechten Verhältnissen im Beruf entgegenbringen. Die Lokale, in welchen die Zusammenkünfte stattfanden, waren so gelegen, daß die betreffenden Kollegen nur ein paar Schritte zu gehen hatten. In einem Bezirk waren von 44 Gedane nur 12 erschienen, also 27 Proz. hatte sich dieser Mühe unterzogen. Die Höchstzahl der Besucher war von 18, 11, also 61 Proz. Bei solcher Hauheit und Gleichmäßigkeit kann man wohl die traurigen Verhältnisse verstehen. Wie leicht die Unternehmer in unserem Beruf vorgehen, wenn keine Vereinbarungen bestehen, kann man am folgenden Beispiel ersehen: Im Jahre 1900 wurde mit der hiesigen Firma ein Tarif abgeschlossen, worin die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne anerkannt wurden. Nun hielt aber einer der größten hiesigen Unternehmer es nicht für nötig, dieses unterschriftlich anzuerkennen. Die Arbeitszeit wurde ja im betreffenden Geschäft um eine halbe Stunde geskürzt, diese wurde aber mitbezahlt. Die Kollegen standen sich dadurch nicht schlechter, aber besser gewiß nicht. Es wurde auch manchem, z. B. beim Voranzen des Morgens zu fühlen gegeben, daß er doch eine halbe Stunde mehr bezahlt bekäme, als wie er arbeitet. Für Überstunden wurde auch nur der einfache Lohn bezahlt. Wenn 42 M. abgemacht waren, so machte es doch bei 9½ Stunde Arbeitszeit pro Stunde, wenn 10 bezahlt werden, 44 M. für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit gab es aber nur 42 M. pro Stunde. Im Winter wurde aber nicht mehr bezahlt als wie gearbeitet worden ist. Nachdem seit 1903 der Tarif abgelaufen war und kein neuer anstande kam, hielt es dieser Unternehmer für angemessen, im Frühjahr 1904 die halbe Stunde abzuziehen und dafür 1-2 M. pro Stunde anzulegen, aber nur denen, die den Winter dort gearbeitet haben, also dem Stammpersonal, welche nur 1 M. ausgelegt bekommen, standen sich bedenklich schlechter als vorher. Kollegen, welche neu eingestellt wurden, bekamen nur den sonst üblichen Lohn, worunter 0,40 M. keine Seltenheit war. In dieser Werkstatt arbeiten auch meistenteils nur Indifferente. Als im Jahre 1903 hier eine Lohnbewegung einsetzte, schlossen sich ja die meisten der Organisation an, wie es aber mit dem Streik nichts wurde, fiel einer nach dem anderen wieder ab. Auch ein schöner Zug, der doch den meisten die Schamröte ins Gesicht treiben muß. Kollegen Stettins! Ihr könnet an diesem Beispiel — und solche wären noch viele anzurechnen — sehen, welche Zustände eintreten könnten, wenn es weiter gewirkt wird wie in den letzten Jahren. Rastet Euch auf und geht nunig an die Arbeit, denn: Vereinzelt nichts, vereint alles.

Berichtigung. Im Leitartikel der vorigen Nummer hat sich ein Fünftörnder Fehler eingeschlichen. Auf der dritten Spalte muss es bei § 5 im Absatz 4 heißen: Während die Gehälter zum Abs. 1 forderten, daß die Mann auch auf allen größeren Privat arbeiten gestellt werden müsse usw.

Zum Eingesandten aus Chemnitz in Nr. 5 muß es in der 19. Zeile von unten heißen: vor 14 Jahren.

Zur Beachtung. Die Reiseunterstützung in Trier wird von jetzt ab durch Kollegen B. Berlin, Gartenstraße 32 (Arbeiterheim) Abends von 7-8 Uhr ausbezahlt. Dasselbe befindet sich auch das Verkehrslokal.

Vereinstell.
Werkstattmachung.

Der Beschluß der Filiale Köln, in den Sommerwochen den Beitrag von 50 M. und der Filiale Hannover im Sommer 50 M. und im Winter 20 M. Beitrag zu erheben, wird hierdurch bestätigt.

Ausgeschlossen durch die Filiale Freiburg i. Br. auf Grund des § 7a des Statuts wurde das Mitglied August Breßler, Buchnr. 67 295 und durch die Filiale Berlin das Mitglied Gustav Lößler Buchnr. 8043.

Ein Mitglied Namens Heinrich Ecke ist unter Mitnahme der Reiseunterstützungsgelder von Plauen i. B. verschwunden. Eventuelle Mitteilungen über seinen Aufenthaltsort sind dem Vorstand einzusenden.

Die Filialen München, Nürnberg, Bayreuth, Hof, Plauen i. B., Chemnitz, Freiberg, Dresden haben an einen

Kollegen Nameus Arrib. Höh, ohne im Besitz eines Mitgliedsbuches zu sein, die Reiseunterstützung ausbezahlt. Wir machen hiermit darauf aufmerksam, daß solche zu Unrecht ausbezahlt Unterstützungen von der Hauptkasse nicht getragen werden.

Der Vorstand.

Bericht der Hauptkasse vom 31. Januar bis 6. Februar 1905.
Ulm M. 47,36; Friedrichroda 17,60.
Zuschüsse wurden abgesandt: Nordhausen M. 30.—; Baden-Baden 40.—; Burg 20.—; Heidelberg 60.—; Chemnitz (Alg. Kom.) 50.—.

Für die streitenden Bergarbeiter ging ein: Cöthen M. 10; Freiburg 15; Neustadt 10; Köln 50; Oberswalde 15; Grimmaischau 20; Schönebeck 3,50; Wolberg 10; Chemnitz 30; Ronneburg 20; Bielefeld 25; Celle 25; Lüneburg 20; Zwischen 25; Aue 8; Bayreuth 10; Ulm 5; Glashausen 15; Saarbrücken 7,20; Detmold 15; Remscheid 20; Wilhelmsbaden 50; Oldenburg 20; Rosenheim 16,10; Dresden 100; Görlitz 50; Partenkirchen 5; Rückersberg 1,20; Meerane 15; Berlin 500; Lübeck 50; Friedrichroda 12,40; Cassel 50; Wiesbaden 100; Altona 50; Wandsbek 50. Sa. M. 1422,20

Vereits quittiert M. 2005,30

Gesamtsumme M. 3427,50

Als dritte Rate wurde abgesandt 2000 M.
Material wurde verhandelt:
B. = Beitragsmarken. G. = Eintrittsmarken. B.M. = Vereinszeitermarken. K. = Kalender. P. = Protokolle. Berlin 10 000 B. a 15 M. 500 G.; Köln 10 000 B. a 50 M. 10; Dresden 10 K. 1000 B. a 15 M. 500 G.; Görlitz 30 G.; Hirschberg 100 B. a 15 M. 5 K. 1 P.; Leipzig 10 000 B. a 45 M. 400 G.; 15 K. 1 P.; Münster 400 B. a 40 M. 400 B. a 15 M. 100 G.; Nienburg 20 G.; Quedlinburg 400 B. a 40 M. 200 B. a 15 M. 100 G.; Schönebeck 400 B. a 40 M. 400 B. a 15 M. 100 G.; Stuttgart 3000 B. M. a 10 M. 100 G.; Velbert 400 B. a 40 M. 400 B. a 15 M. 100 G.; Welschau 400 B. a 40 M. 100 B. a 15 M. 100 G.; Wandsbek 6 K. 100 G.

H. Wentker, Kassierer.

Zentral-Franken- und Sterbekasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands. (Geingehobene Sitzstelle Nr. 71.)

Bericht der Hauptkasse vom 29. Januar bis 4. Februar 1905.
Zuschüsse an die örtlichen Verwaltungen wurden abgesandt an: Blume-Hannover 250 M.; Rudolph-Mannheim 100; Engel-Elberfeld 60; Schmidt-Gießerei bei Berlin 100; Markstein-München 500; Waldbmann-Stuttgart 200; Wiesendorf-Essen 60; Arnolds-Halle 200; Härtel-Nagensburg 100; Bauer-Gassel 200; Heiner-Schw. Hall 50; Georgi-Nürnberg 200; Kurlich-Chemnitz 200; Grüner-Leipzig 100; Müller-Dresden 100; Freudenberg-Heidelberg 100; Groh-Hamburg-St. Pauli 50; Stein-Bamberg 100; Raetzel-Verslin G. 1000 M.; letzteres zur Zahlung von Heilmitteln für sämtliche Verwaltungen von Berlin und Umgegend.

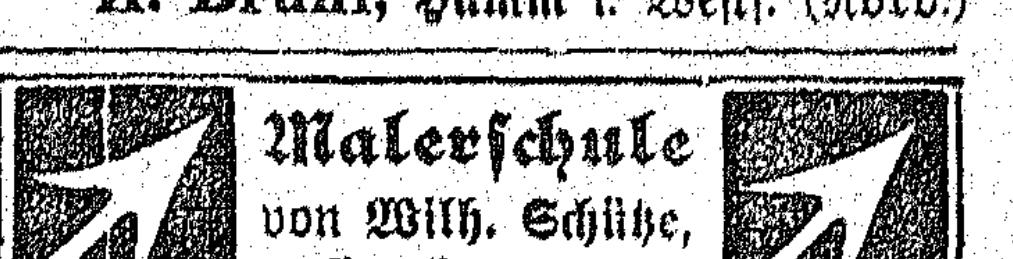
Krankengeld erhielten: Buchn. 2782 W. Kintenstädt in Nehden 26 M.; Buchn. 13 687 W. Volte in Veede bei Ruhrort 20 M.; Buchn. 18 759 W. Sperber in Franz. Buchholz 24 M.; Buchn. 29 182 W. Brüggemann in Zwenda 12 M.; Buchn. 14 212 W. Brüller in Altenkirchen auf Mügen 24 M.; Buchn. 19 721 W. Kraft in Bad Deyhausen 8 M.; Buchn. 5441 G. Lenzner in Linow 16 M.; Buchn. 16 054 W. Becker in Lübz 24 M.; Buchn. 12 729 G. Vloban in Beelitz (Mark) 24 M.; Buchn. 19 698 G. Briemer in Goest 24 M.; Buchn. 12 624 G. P. Schaf in Hohenstadt i. Dahern 24 M.; Buchn. 6909 W. Einig in Brühl bei Köln 12 M.; Buchn. 5451 W. Heinrichs in Oldenburg i. Gr. 12 M.; Buchn. 33 454 G. Lehner in Alten i. Wirttemb. 12 M.; Buchn. 4325 W. Weismann in Landsberg a. W. 12 M.; Buchn. 16 851 G. Grieswisch in Wismar i. M. 12 M.; Buchn. 3832 W. Quast in Gerlachsheil 12 M.; Buchn. 17 963 W. Jacob in Hildesheim 12 M.; Buchn. 2774 W. Wolff in Marienburg i. Westph. 28,50 M.; Buchn. 12 620 G. Weber in Loereth i. Bayern 12 M.; Buchn. 7345 G. Berg in Sandhausen bei Gotha 18 M.; Buchn. 20 697 G. Fabian in Landsberg a. W. 16 M.; Buchn. 892 W. Wolff in Drieg i. Schl. 36 M.; Buchn. 3864 W. Hömmermann in Badenhausen 12 M.; Buchn. 8216 W. Becker in Aich a. d. Mold 18 M.; Buchn. 19 691 W. Koch in Wingerode 24 M.; Buchn. ? G. Kühlne in Angermünde 12 M.

Hamburg-Uhlenhorst, Humboldtstr. 57.

Gegen Einsendung b. 30 Pf. erhält jeder eine Probe
Rot- und Weisswein,
selbstgefertigt, nebst Preisliste. Kein Miss, da wir
nicht gefälschten ohne Weiteres unanfertig zu
nehmen. — 18 Morgen eigene Weinberge am Rhein
und Rhein. Gebr. Both, Ahrwoller.

Lehrbücher u. Vorlagen für Maler. Katalog gratis und franko. Joh. Sassenbach, Berlin 16.

40 bunte **Malvorlagen** M. 5.—
Landschaften, Blumen, Vögel, Seestücke etc.
H. Brühl, Hamm i. Westf. (Mord.)



Sterbe-Café.
Am 28. Januar starb unser treues und langjähriges Mitglied Philipp Hartmann nach kurzen Krankenlager im Alter von 57 Jahren.
Sein Andenken hält in Ehren!
M. 1,60] Filiale Wiesbaden.

Der heutige Nummer liegt die Nr. 5
des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich M. Marx
Hamburg, Schmalenbeckerstr. 17.
Verlag von H. Wentker, Hamburg 22.
Druck von Fr. Meyer, Hamburg 23.

Anzeigen.

Neu! Im Selbstverlag erschien: Neu!
Moderne Entwürfe
für die Praxis des Dekorationsmalers.
II. Serie. 16 Tafeln.
♦ M. 2,50 franko gegen Nachnahme.
August Vogler, Essen a. d. Ruhr,
Atelier für Dekorations-Malerrei.

Maler! Nebenverdienst!
Jeder kann mit Leichtigkeit unbüdingt ähnliche
große Porträts
mit Hilfe meiner
Vergroßerungen auf la. Zeichenpapier
nach jeder Photographie malen.
Breite: 36/46 cm = 1.— Mitt. 46/56 cm
= 1,10 M. 56/66 cm = 2.— Mitt.
In Kreide künstl. ausgemalte Vergrößerungen folgende Preise: 36/46 cm
= 3.— Mitt. 46/56 cm 3,50 M.
56/66 cm = 4,75 M. Auch Aquarelle,
Pastell, Delmalerei.
— Zahlreiche Anerkennungen und
Dankschreiben.
Verlangen Sie Preisliste gratis und franko.
Franz Fischer, Kunstatelier,
Berlin SO 16, Michaeliskirchstr. 30.

Selbstunterricht in der Holzmalerei
150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farbindruck, mit leicht fachlicher Anleitung,
und für den billigen Preis von nur 10 M.
zu beziehen von

Aug. Dütemeyer, München,
Baderstraße 47, IV, r.

Harmonikafabrik von
Richard Beier & Co.,

Altenburg S.-A. Nr. 87,
liest das Beste, was es
gibt, in Künstler-Zug-
harmonikas zu Fabrik-
preisen. Versand direkt
an die Spieler. Katalog
gratis und franko. Reelle
Bedienung.

Maler-Mantel!

Eigenes Fabrikat!

● vorne offen mit Umlegelägen. ●
Umhängetasche bis Oberweite 88 cm 110 cm lang
sekunda per Stück 2,25 M.
prima 2,75 " " "
Männer Oberweite bis 112.
110 125 140 cm lang
2,50 2,65 3.— M.
sekunda 2,90 3,10 3,50 " "
prima 3.— M.
Jacken aus rein leinenem Drell M. 2,50
bis M. 3.—; Hosen M. 2,60 bis M. 3.—.

D. Wurzel & Co., Berlin,
Brüderstraße 10 b, I.

Winter-Verdienst!

!!Jeder Maler!!

Ist im Stande, große Porträts
sprechend ähnlich zu malen, wenn er
meine großartigen Vergrößerungen
dazu benutzt. Gestalte nach jeder
Photographie z. Künstlerische Ver-
größerungen und Malereien.

Schnellste Lieferung!

Preis: (auf prima' Beichenpapier)

80/46 1.— Mitt. Kreideausführ. 3,25 M.

46/56 1 10 " " " 3,75 "

56/66 2—" " " 5.— "

● Täglich Anerkennungen. ●

Original-Gemälde aller Art, Altar-
Gemälde, Aquarelle, Pastelle und
Oelgemälde billigst.

R. Swierzy, Porträtmaier,
akad. geb.

Berlin C. 19, Wallstraße 89.

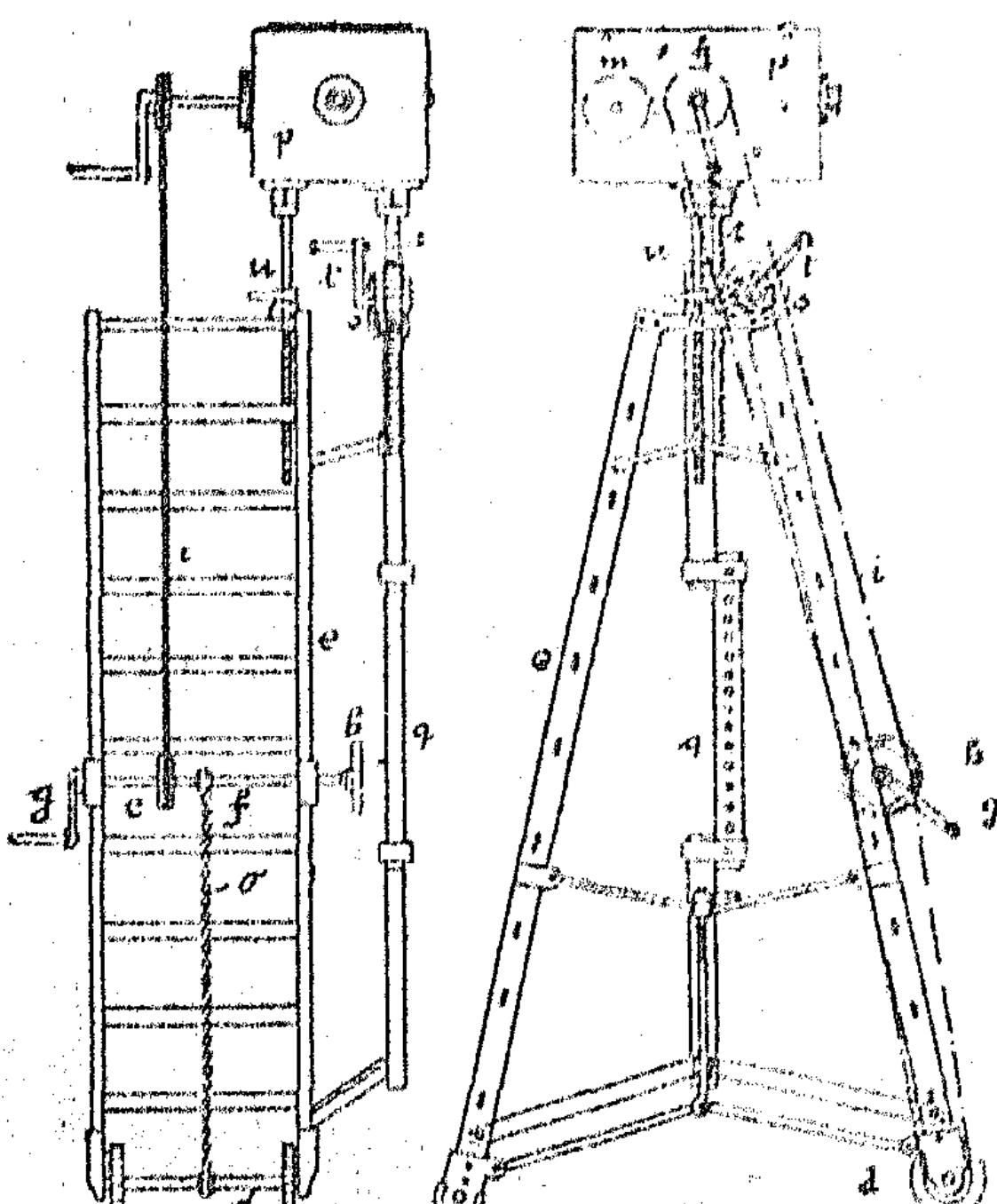
am Spittelmarkt.

Telephon Amt

Technischer Teil.

Utopische Werkzeuge.
(Schluß.)

Nach der am 31. Oktober 1904 ausgegebenen Patenturkunde ist die Maschine eine „Vorrichtung zum Tapetieren, Streichen und Abziehen von Decken und Wänden, sowie zum Streichen, Scheren und Bohren von Aufboden“. Wie die verschiedenen Angaben der Maschine zusammenhängen sind, erinnert an die bekannten Universalinstrumente, an denen eine ganze Menge Werkzeuge etwa zum Zuhören, präzisieren, abnehmen, einbrechen usw. zu einem unhandlichen Klumpen vereinigt sind. Die ganze Grobartigkeit dieser Universalmaschine geht uns auf, wenn wir in Abb. 4 die Konstruktion des Kastens p studieren. Dieser hat verschiedene Röhren, die so angeordnet sind, daß sie dem jeweiligen Zweck der Maschine entsprechend, als Lager für die Walzen, Rollen, Bürsten, Farbtropfen fungieren.

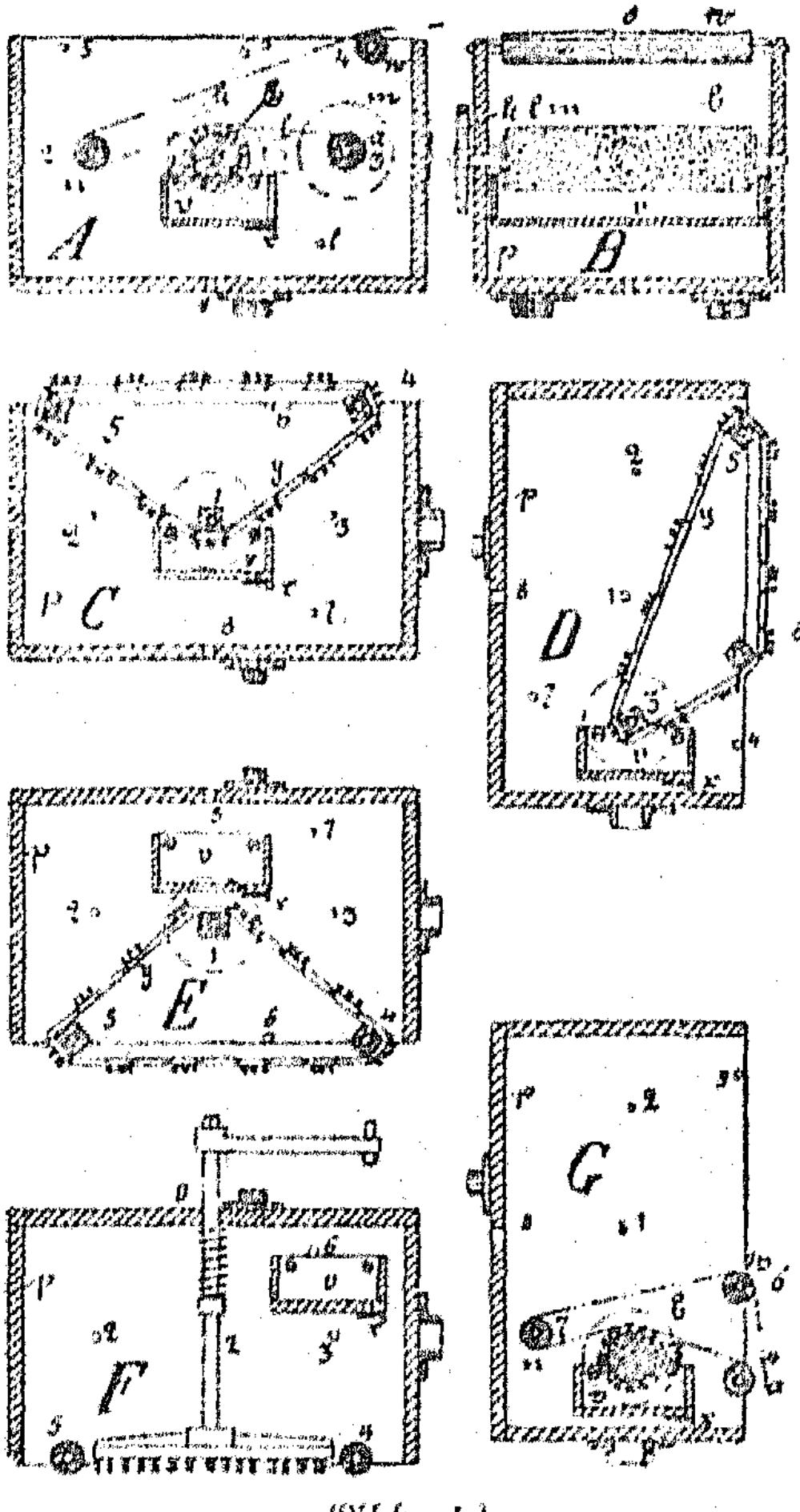


(Abb. 3.)

Abb. 3 stellt die Vorrichtung in ihrer ganzen Erscheinung dar. Etwa wie eine Vockleiter konstruiert, hat die Vorrichtung oben einen Kasten, der der Lintel aller Wunder ist. Der Kasten läßt sich „holus posus“ mit zwei verschiedenen Seiten auf die Stelle stellen, beim Aufsetzen wird er einfach umgedreht. Wenn er sich oben auf der Stelle befindet, läßt er sich hoch und tief stellen, und zwar durch Bohrtropfen und Kurzel, wobei sich auch die Stelle selbstständig in der Höhe verändert wie man in Abb. 3 sehen kann. Die Hauptwelle im Kasten p soll durch ein Schurgetriebe i in Rotation gesetzt werden, das Schurgetriebe durch Welle e und Kurzel g bewegt, wirkt durch die Ketten o von f nach d, sodass sich durch das Drehen der Kurzel g der Mechanismus im Kasten p und die ganze Stelle fortbewegen muss.

Abb. 4 A zeigt den Kasten p, wenn mit ihm tapetiert

werden soll, die Tapete hat den Weg von der Rolle a nach der Bürstenwalze, die durch einen mit Kleister gefüllten Trog v läuft, über die Walze n zur Walze w zu machen, worauf sie an die Decke angedrückt wird.



(Abb. 4.)

Abb. 4 B zeigt den Kasten p in der Stirnansicht; Abb. 4 C zeigt den Kasten in seiner Anordnung, wenn die Wand tapetiert werden soll.

Abb. 4 A zeigt den Kasten p, wenn mit ihm tapetiert werden soll, die Tapete hat den Weg von der Rolle a nach der Bürstenwalze, die durch einen mit Kleister gefüllten Trog v läuft, über die Walze n zur Walze w zu machen, worauf sie an die Decke angedrückt wird. Abb. 4 B zeigt den Kasten p in der Stirnansicht, Abb. 4 C zeigt den Kasten in seiner Anordnung, wenn die Wand tapetiert werden soll.

Das Anstreichen der Decke deutet sich Kondensato r so, wie es in Abb. 4 C dargestellt ist. An Stelle der Rollen kommen vierkantige Wellen in die Lagerlöcher 1, 5, 4, über die ein Kettenband geführt wird, dessen Ende d aus Bürstenstücken besteht. Der Trog v ist hier mit Anstrichmasse gefüllt. Wird nun die Kurzel g gedreht, so sorgt die Bürstenkette an, durch den Farbtropfen zu laufen, und — was hastig! — die Farbe an die Decke abzustreichen. Soll die Wand auf diese Weise gestrichen werden, so wird der Kasten p einfach gekippt und auf die hohe Seite gestellt; die Inneneinrichtung sieht dann aus wie in Abb. 4 D dargestellt. Sollen aber Aufboden gestrichen werden, so dreht man den Kasten, wie Abb. 4 E zeigt, ganz um, in dem Trog v wird ein Schieber x geöffnet und die Anstrichmasse läuft nun aus diesem Schieber auf die Bürstenkette!

Konzeption des Entwurfs, haben dort die technischen Fertigkeiten, ja selbst technische Mängel zu reizvollen dekorativen Wirkungen geführt, die uns Neueren oft als etwas ganz Hervorragendes in der Formenerfindung imponieren, während sie doch in Wahrheit das einfache Ergebnis handwerklicher Vorgänge waren. Um mich deutlicher zu machen, will ich einige der alten Techniken charakterisieren. Beginnen wir mit der alten Glasmalerei. Niemals finden wir da große Gläser, ja nicht einmal kleinere von einerlei Farbe. Stets ist der Wechsel der Fläche angestrebt. Dies hat offenbar seinen Grund in der Technik des Glassärbens, die nicht erlaubte, sehr große Stücke ganz egal zu bekommen, was an und für sich ein großes Glück war, wie man aus den Glasgemälden aus dem Jahr 1830 bis in unsere Zeit sehen kann, wo das Gegenteil der Fall ist. Erst die Neueren sind wieder dahinter gekommen, Gläser ständig in den Farben zu schmelzen und so zu verwenden. Nichts Langweiligeres als Nebenzahlglas von einerlei Ton. Auch ein anderes Beispiel wird eine moderne Untugend enthüllen. Nehmen wir Fayence. Niemals sehen wir bei den Alten Abziehbildern eingekrantzt, anstatt Handmalerei. Gerade in der Handhabung des Pinsels aus freier Hand liegt der Reiz des Riesen- und Raffinaturwerkes der Alten. Man macht den Einsatz der Willigkeit; aber mit Unrecht, weil uns ein einfaches Muster von Hand gemalt, immer noch lieber ist, als eine exogene Landschaft von Nutzbal. Betrachten wir ferner die Ledertreibarbeit. Wie verkehrt, das Leder durchaus als plastische Wasse behandeln zu wollen. Leder ist kein Wachs, also bleibe mein flach, ja, man schneide bloß und weite den Schnitt. Wer gute alte Arbeiten gesehen hat, wird auch hier die Überlegenheit der Alten erkennen. Und so fast in jeder Technik. Überall sehen wir im Material sein Recht widerfahren, wir finden da, wo lautet gleiche Teile zum Ganzen gereicht werden, niemals militärische Langweiligkeit einzuziehen.

Zwei Preisaufrückschriften für Schrift und Schildformen erläutert Redaktion und Verlag der Deutschen Malerzeitung. Die Mappe (Verlag von G. D. W. Gallmair in München). Es wird verlangt: 1. ein Upphälfte für Firmenmalerei mit großen und kleinen Buchstaben, Anwendungsbüchlein, Interpunktionszeichen und Bissern. Die Schriftzeichnungen sind mit tief schwarzer Tinte auf weißem Papier zu zeichnen. 1. Preis 150 M., 2. Preis 100 M., 3. Preis 50 M. — 2. Eine farbige Tafel mit vier künstlerisch ausgeführten Schildformen mit Inschriften, die modern gehalten sein müssen. 1. Preis 150 M., 2. Preis 100 M., 3. Preis 50 M. Die Arbeiten sind im Format 20 : 30 cm zu halten, müssen Originale sein und müssen bis zum 15. Juni 1905 im flachverpackten Zustande mit der Bezeichnung: Mappe-Konkurrenz und dem Kennwort versehen, an den Verlag der Mappe, Fünfenzstr. 2, eingesandt werden. Dort

soll nun über der Aufboden gerichtet werden, so meint es der Erfinder so, wie in Abb. 4 b zu sehen ist. Dann wird eine Bürsten scheibe eingestellt, und aus dem Trog v, der in der Ecke angebracht ist, läuft das Scherwasser tropfenweise durch den Schieber x. Damit der Kasten sich auf dem Aufboden rollen lässt, sind in die Löcher 5 und 4 Walzen gestellt. Zum Abziehen von Wänden und Decken kann man, so steht in der Patentschrift, statt der rotierenden Werkzeuge, auch ein „rotierendes Schabotesser“ benützen.

Das ist das deutsche Reichspatent Nr. 155 062, patentierte im Deutschen Reich vom 10. April 1903 ab!

Wir spotten nicht gerne über die Neuerungen eines regen Geistes, auch wenn sie über ihre Ziel hinauschießen. Trotzdem aber, eben weil Kondensator mit seiner Kugel allen Boden unter den Füßen verliert, weil er sich in ganz absurde Verhältnisse hineinbohrt und die kinderlose hindernen Zusätzliche wie vor den Kopf geschlagen, übersehen, trotzdem ist es schwer, ihm und seine Phantasie mit der tatsächlichen Ernsthaftigkeit, die sein Wollen an sich ohne Zweifel verdient, zurückzuweisen und sich die aus der Feder drängende Satire über seine utopischen Werkzeugerfindungen zu verneinen. Wenn es noch eines überzeugenden Nachweises bedürfte, auf welchem Wege im ganzen Leben die Anstrichmaschinenfrage nicht gelöst werden wird, dann könnte man diese seine Erfindung ausführen. Sie zeigt schlagend, wie es nicht gemacht werden darf und ist eine deutliche Warnung für diejenigen, die die Lösung der Frage in der gleichen utopistischen Richtung suchen.

Von der Theorie zur Praxis.

Das Geheimnis der waschbaren Wasserfarben. Die chemische Fabrik in Cossebaude in Sachsen verkauft um den Preis von 6 M eine kleine Broschüre von acht Seiten Umfang, die unter dem obigen Titel ein Rezept zur Bereitung von waschbaren Wasserfarben enthält. Diese Anstrichmasse muß sich der Maler mit Hilfe der von der Fabrik zu beziehenden Zutaten selbst bereiten. Sie soll nicht teurer als Leimfarbe sein, anwendig und innwendig angewendet werden können, soll sich — nach dem Rezept — als Spachtelstift verwenden lassen. Dann wird sie als Untergrund empfohlen. Am Rüschen sollen die Anstriche mit dieser geheimnisvollen Anstrichmasse wie Waschfarben anstriche aussehen, „Fassaden wirken bisher unerreicht nobel“ heißt es im Prospekt. — Wir haben nur leider nicht das Recht, das Rezept selbst abzudrucken, so viel aber glauben wir vertrauen zu dürfen, daß es sich um nichts weiter handelt, als um eine Leimfarbe, zu der die Fabrik das trockene Kastin pulver liefert. Das Kastinpulver wird „auf elektrischem Wege präpariert“, also eine ganz abarte Herstellungsweise! Malen als Mittelmittel in allen seinen Vorzügen und Mängeln ist allbekannt, wenn das geheimnisvolle Rezept etwas besonderes sein soll, so kann es sich nur um die Art der Präparation handeln. Ob diese aber die Widerstandsfähigkeit des Stoffs gegen Wasser und Frost zu erhöhen vermag, ist sehr fraglich. Es wäre psychologisch interessant, zu wissen, wie viele Malermeister sich für 6 M das Geheimnis der waschbaren Wasserfarben erschließen lassen werden.

Ein Gesetz für Reinölfarben ist in letzter Zeit mehrfach aufgelaucht, in einem Halle mit dem Namen Stadtolin. Dieser Erfolg soll, wie das Untersuchungszentrum des Deutschen Malerbundes glaubt, ein besonders präpariertes Gemenge von seiten Oelen mit in leichtflüssigen Teerölen gelöster Harzestern sein.

sollten sie vom 16. Juni bis zum 1. Juli öffentlich ausgestellt werden. Dieser Einladung ist ein verschlossenes Koutwert beigelegt, das mit dem Kennwort bezeichnet ist und den Namen des Einenders enthält.

Wilhelm II. und das moderne Kunstgewerbe. Am 4. Februar hat sich der Kaiser zu einer Münchener Deputation über die moderne Stilbewegung geäußert, die er bekanntlich nicht leiden mag. Er soll das Münchener Kunstgewerbe gewarnt haben, allzuviel in die Bahnen der Modernen einzulenken, da ihm daraus auch wirtschaftlich nicht der erhoffte Erfolg zustehen werde, und bezeichnete die Anschauung, daß sich für kunstgewerbliche Gegenstände der neueren Richtung in Amerika gute und dauernde Märkte finden würden, als durchaus unzutreffend. Man werde es später nicht begreifen, daß nach dem großen Aufschwung eine solche Kunstrichtung entstehen könnte, von der man wohl annehmen könne, daß sie den besten Willen habe, etwas neues zustande zu bringen, die aber nicht die richtigen Wege wandte und nicht die richtigen Fähigkeiten habe. Es scheint also nichts mit dem Wort zu sein, das der Kaiser einmal über die moderne Kunstgewerbe geäußert haben soll: Sollten die Kerls am Ende doch Recht haben?

Kunstgewerbliches Zeichnen für Mädchen. Der Frankfurter Frauenbildungsbverein will seinem Lehrplan eine Kunstgewerbeschule angliedern, die vor allem jungen Mädchen und Frauen Gelegenheit zur Ausbildung im kunstgewerblichen Zeichnen geben soll, so daß sie als Zeichnerinnen für Tapeten, Buchschmuck usw. sich betätigen können. Der Unterricht wird im Frühjahr beginnen.

Die goldene Kette. Neben das Rechtsverhältnis zwischen den Künstlern der Dörfer und der Künstlerkolonie und der Kabinettssdirektion d. h. dem Großherzog von Hessen, wurde in einem Prozeß festgestellt: Die Künstler bezahlen eine jährliche monatlich zahlbare Remuneration (ein pensionsfähiges Gehalt) aus der Privatschulstelle des Großherzogs, ohne dabei zu einer Gegenleistung verpflichtet zu sein. Dieses Verhältnis schließt nicht aus, daß sie für Arbeiten, die sie in der Kolonie ausstellende Gewerbetreibende Künstler, bezahlen lassen. Dieses Verhältnis zwischen dem sittlichen Mäzen und den Künstlern ist recht interessant. Leider aber ist es eigentlich auch schwierigster für den Großherzog als für die Künstler. Es mag nicht für jeden Charakter verlockend erscheinen, wie von vollgestellten Kästen zu führen. Wie, wenn der Großherzog eines Tages den schlechten Geschmack hätte, von „seinen“ Künstlern wie von seinen Kermesern zu sprechen?

Eine deutsche Kunstgewerbe-Ausstellung soll 1906 in Dresden stattfinden. Eine besondere Abteilung soll dem kunstgewerblichen Schulwesen gewidmet sein.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Zum Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier. Der Streit, der bisher noch unerledigt und für die Arbeiter durchaus günstig nicht, ist jetzt in das entscheidende Stadium eingetreten. Von der Regierung ist eine Novelle zum Bergrecht in Aussicht gestellt und soll, wie Handelsminister Möller im Abgeordnetenhaus versicherte, auf das äußerste beschleunigt werden, so daß vielleicht in einigen Wochen der Entwurf vorgelegt werden kann. Die Rechendeliner verharren auf ihrem Prozenstandpunkt, da sie über die Lage ihrer Lohnstädte sehr wohl unterrichtet sind und daraus hoffen, daß der Hunger ihnen als guter Bundesgenosse bald zu Hilfe kommen wird. Über dieser zufriedene Feind der Arbeiter kann ferngehalten werden, wenn das gesamte Volk seine Kraft aufbietet; denn nur mit Hilfe des gesamten Volkes können die Bergleute obiges und darum helle jeder schnell, damit die heldenmütigen Kämpfer im Ruhrgebiet nicht durch den Hunger gezwungen werden, vor ihren Arbeitern kapitulieren zu müssen. Überall, wo es unseren Kollegen möglich ist, ihr Scherstein mit beizutragen, sollen wir, daß dies in ausgiebigster Weise geschieht. In verschiedenen Filialen beschlossen unsere Kollegen, einen regelmäßigen Extrabeitrag zu erheben.

Die Siebenerkommission der streitenden Bergleute beschloß am 5. Februar, nochmals an den Bergbauverein mitreden zu erneut in Verhandlungen heranzugehen. Heute der Verein entgegkommen, dann sei die Möglichkeit eines Friedensschlusses gegeben. Auch an den Reichskanzler richtete sie am 6. Februar ein Telegramm, worin sie mitteilte, daß der bergbauliche Verein um eine Unterredung nachgesucht worden sei zur Besprechung der erwähnten Verhandlungen. Auf Grund der bestächtigten Verhandlungen soll die Arbeit ev. sofort aufgenommen werden. — Der Bergbauverein lehnte erneut die Unterhandlung ab, da er nach wie vor in der Siebenerkommission eine erblicken könne. Die inzwischen angestellten Untersuchungen hätten ergeben, daß die erhobenen Anklagen über Missstände unberechtigt seien und der Ausland grundlos begonnen wurde. Der Reichskanzler antwortete telegraphisch, daß er es für dringend geboten habe, die Arbeit jogleich wieder aufzunehmen, für diesen Fall sei er bereit, beiderseitige Vertreter zur weiteren Verhandlung zu empfangen. Die Siebenerkommission lehnte es aber ab, ohne genügende Rechtsgarantien die Arbeit sofort aufzunehmen, die Bergleute wollen nicht noch einmal betrogen werden.

— Rohrdrägerei in Aussicht. Der Ortsverein des Arbeitgeber-Verein für das Baugewerbe des Kreises Herford beschloß, wie bürgerliche Blätter melden, mit Rücksicht auf die schlechte wirtschaftliche Lage und mit Rücksicht darauf, daß fast gar keine Bauten ausgeführt und von einer lohnenden Beschäftigung überhaupt keine Stelle sein könne, den Stundenlohn für gute Maurer auf 40 s vom 1. Februar 1905 an zu senken. Der Stundenlohn betrug bisher 42, 43 und 45 s pro Stunde. Ob die anderen Ortsvereine sich dem anschließen werden? Bedenkt werden sich die Bauarbeiter die einmal erfahrene Position nicht so leicht wieder entreißen lassen.

Akkordarbeit und Gewerbehigiene. Am 29. Januar bz. 30. stand in Magdeburg eine Konferenz der Gewerkschaftsstelle der Prov. Sachsen und des Herzogtums Anhalt statt. Die Konferenz war von 56 Delegierten aus 35 Orten besucht, die eingeladenen Gewerbe-Judikatoren waren nicht erschienen. Es wurde die von der Generalkommission veranlaßte Ministerialverfügung, betr. Ausschusswahlen bei den unteren Verwaltungsbüroden der Landesversicherungsanstalten, besprochen, wobei die Meinung vertreten wurde, daß diese Wahlen statt von den neuen, von den alten Vertretern vorgenommen werden müssten. Arbeitsschreiter Güldenberg-Halle referierte, sogenan über die Tätigkeit der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt im Jahre 1904 und berührte die vorgenommenen Rententabellungen. Neben Urkriterium und Gewerbeaufsicht berichtete Gewerkschaftsschreiter Beimann, daß die Zahl der Gewerbschafftbeamten seit 1878 von 10 auf etwa 300 angewachsen sei, trotzdem aber den Ansprüchen noch nicht genüge. Im Anschluß an diesen Bericht nahm die Konferenz den Antrag an, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in den Betrieben, in denen giftige Stoffe bearbeitet werden, die Akkordarbeit verboten werde,

Nachstehende Mahnung richtet die „Märkische Zeitung“ an den Vorstand des Textilarbeiterverbandes: „Im vorigen Jahre haben die deutschen Arbeiter den Kampf in Grünhain so reichlich unterstützt, daß eine bedeutende Summe dem Textilarbeiterverbande übrig blieb. Heute ist Geld für die Bergarbeiter dringend nötig. Wir hören noch nicht, daß der Textilarbeiterverband einen Teil jenes Überschusses, den er doch nicht als sein Eigentum betrachten kann, an die Bergleute abgeführt habe. Wir sind überzeugt, im Sinne aller Spender vom vorigen Jahre zu handeln, wenn wir fordern, daß der damalige Überschuss, der etwa 300 000 M. ausmacht, zur Hälfte für die kämpfenden Ruhrbergarbeiter verwendet werde. Selbst wenn man die vorbereitete Bewegung zur Erringung des Behn-Stundentages in dem sächsischen Textilbezirk in Aussicht stellt und dem Verbande eine gute Stütze lassen will, muß der Antrag auf Überweisung von 150 000 M. an die Bergleute als den Ansichten des übergrößen Teiles der Spender entsprechend bezeichnet werden. Ist später der Textilarbeiterverband wieder geneigt, an die Solidarität der Arbeiterschaft zu appellieren, so ist er sicher, nicht vergebens zu rufen.“ Damit tritt die Mündung, eine Zentralstelle zu errichten, von der aus die Verwendung der bei so gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfen eingegangenen Gelder vorgenommen wird, wieder in den Vordergrund. Die geeignete Stelle hierzu könnte nur die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften sein. Hoffentlich wird sich der im Mai in Köln tagende Gewerkschaftskongress auch mit dieser Frage beschäftigen.

Zur Generalversammlung.

Zur Beitragssregelung.

Auf eine bessere Regulierung der heutigen Beitragssregelung in verschiedenen Punkten einmal etwas näher einzugehen, dürfte auch angebracht sein, denn daß das heutige System der Beitragssregelung noch verschiedene Schattenseiten besitzt, wird wohl von der Mehrzahl der Kollegen nicht bestritten werden. Hauptlich im Winter wird es manchem Kollegen bei langer Arbeitslosigkeit schwer fallen, seinen Beitrag pünktlich zu bezahlen, wodurch er im Rückstand kommt und sobald er wieder arbeiten kann, längere

Zeit zu tun hat, um die rückständigen Beiträge wieder einzuholen. Sehr oft kommt es also auf diese Weise vor, daß im Winter so manche Kollegen der Organisation in nicht gern gewollter Weise den Rücken lehnen und zum Frühjahr wieder durch neue Agitation und Arbeit zum Verband herangezogen werden müssen.

Hiergegen wäre wohl einzubinden, daß diesen Kollegen doch das Stundungsrecht laut Statut zugute käme. Aber viele Kollegen werden wohl aus eigener Erfahrung wissen, daß, wenn ein Kollege erst kurze Zeit organisiert ist, in vielen Fällen gar nicht daran denkt, vom Stundungsrecht Gebrauch zu machen, da ihm in manchen Fällen das nötige Verständnis zur Organisation fehlt und die Gleichgültigkeit eine große Rolle spielt.

Deshalb möchte ich hier einen Vorschlag unterbreiten, der in E. diskutabel ist, da er unbedingt eine Erleichterung den Kollegen wie auch dem Hauptvorstande bringen würde und bei der Beratung des Antrags auf der Generalversammlung mit in Erwägung gezogen werden könnte.

Da wohl jeder Kollege aus dem Vereinsanzeiger weiß, daß demnächst ein Mehrbetrag von 3 s an den Hauptvorstand zwecks Bezahlung der jetzt mehr nötig werdenden Bezirksleiter abgegeben werden soll und damit der jetzige obligatorische Beitrag an die Hauptkasse von 30 auf 33 s steigt, wäre es wohl zu erwägen, ob man nicht allgemein den Beitrag in den Sommerwochen so viel erhöhen könnte, daß er sich mit dem heutigen Jahresbeitrag deckt, selbstverständlich die vom Hauptvorstand geforderten 3 s mit einbezogen, dieses würde einen obligatorischen Beitrag von 50 s während der 35 Sommerwochen machen, wovon 40 s an die Hauptkasse abzuführen wären. In diesem Falle würde sich der von mir vorgeschlagene Beitrag mit dem jehigen Jahresbeitrag so ähnlich decken, und wäre dadurch vielen Nebel und vieler Arbeit aus dem Wege gegangen, denn die Tatsache steht doch fest, daß es in den Sommerwochen den Kollegen leichter fällt, eher 20 s mehr zu bezahlen als wie 15 s im Winter, noch dazu wenn lange Arbeitslosigkeit vorhanden ist. Die Fluktuation würde keine so gewaltige sein, wie sie jetzt ist, denn die Beitragsschuldigkeit im Winter wäre dadurch so gut wie ausgeschlossen. Auch für den Vorstand würde diese Einführung von ziemlich großen Bedeutung sein, da ja jeder Vollzige, der ein bischen Verständnis von den Arbeiten des Hauptvorstandes hat, weiß, daß dieser gerade in der Zeit des Jahresabschlusses mit Arbeiten überhäuft ist. Durch dieses von mir angeführte System könnte die Quartalsabrechnung im Winter im Wegfall und könnte deshalb die Arbeitsteilung eine bedeutsame leichtere sein.

Es wird vielleicht mancher Kollege Bedenken gegen diesen Vorschlag haben, in der Meinung, daß die Agitation im Winter dadurch gehemmt würde, was hier aber nicht stichhaltig sein kann, denn der Vereinsanzeiger ist und bleibt das beste Agitationsmittel unserer Vereinigung und dieser wird, da in den meisten Filialen die Haushaltung eingeführt und wo noch nicht, unbedingt zu empfehlen ist, gerade so gut von Woche zu Woche zu den Kollegen gelangen, als wie in den Sommerwochen, nur mit dem Unterschied, daß das Mitglied keinen Beitrag zu leisten hat, also eine große Erleichterung bedeutet.

Diesen Vorschlag möchte ich hiermit den Kollegen unterbreiten und darum ersuchen, ihre Meinung im Vereinsanzeiger kurz zu tun.

Darmstadt.

schriften würde. Die Bewerber werden in den Filialen des Bezirks mit ihrer bisherigen Tätigkeit bekannt gegeben. Es findet dann eine Delegiertenwahl zu der mindestens alle zwei Jahre tagende Bezirksversammlung statt; zu derselben muß auch ein Vertreter des Hauptvorstandes anwesend sein und hier wird nun durch die Delegierten der Beamte gewählt, wie auch in dieser Versammlung der Beamte überhaupt die Agitationsskommission Bericht über ihre Tätigkeit zu erstatten haben. Damit würde man nach allen Richtungen hin der Organisation Rechnung tragen.

Den Zusatz zu § 9 kann ich nicht untersöhnen. Der Kollege, welcher Kinder hat, ist ja schon deshalb mehr im Dales und je mehr Kinder, je größer die Not. Darum wollen wir nicht, wie unsere kapitalistische Brüdergesellschaft sagen: „Was gehen uns Eure Kinder an?“ sondern, wir sind eine zusammengeführte Körnmaune und eine solche ist verpflichtet, alle ihre Individuen zu erhalten.

§ 2 (Sterbezettel). „Sofern der Verstorbene ihr Ernährer war“. Diese Worte flingen sehr juristisch und man würde durch diese vorgeschlagene Fassung den Filialvorstand — hauptsächlich aber der vom Todestag betroffenen Familie nur Unstände machen. (Der Schreiber dieses geht von ganz falschen Voraussetzungen aus, wie aus seinen scheinbar langen Ausschreibungen hierzu zu entnehmen; dieser Zusatzantrag macht sich nach den bisher gewonnenen praktischen Erfahrungen vollständig, da öfters Fälle vorkommen, daß von zwei Seiten die Erhebung der Sterbeunterstützung beantragt wird.) D. Med.)

Bei § 8 würden nach dem neuen Vorschlag die großen Filialen eine bedeutende Verdrängung erhalten, indem 3000—3500 Mitglieder nur sechs Delegierte erhalten, während in Bezirken und kleineren Filialen auf diese Mitgliederzahl mindestens 10 Delegierte kommen.

Noch ein paar Worte zur Arbeitslosenunterstützung. Ich will nicht hierbei auf die kleinen Statistiken eingehen, muss aber vorwegschicken, daß ich ein unabhängiger Gegner der Arbeitslosenunterstützung bin. Die Urabstimmung hätte ein anderes Resultat gebracht, wenn nicht 1. die beiden Vorschläge zu einer Minimalunterstützung geboten hätten; 2. die Unterstützung im Sommer würde weggetilzt sein. Man muß bei der Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf die größte Vereinfachung bedacht sein, damit nicht die Verwaltungskosten höher werden, als wie die Unterstützung selbst, da der arbeitslose Kollege sich doch täglich zur Kontrolle melde müsse und diese würde gerade im Sommer schwierig durchzuführen sein. Man würde auch diesem aus dem Wege gehen, wenn die Unterstützung nur in den Wintermonaten z. B. vom 15. November bis 15. März gezahlt würde. Hier würde man dann eine Menge Arbeit in der Filiale sowie in der Hauptkasse, welche nebenbei bemerkt, auch eine beträchtliche Beamtenverstärkung erhalten müsse, sparen, und die Kollegen würden hiermit sehr zufrieden sein. Ebenso müßte dann die Kleinstunterstützung fallen.

Sieben die Kollegen diese meine Vorschriften in Bezug auf, so hoffe ich, daß die Generalversammlung uns einen großen Schritt vorwärts bringt. H. U., Berlin.

Gerichtliches.

Der Bremer Landesfriedensbruch-Prozeß hat am 18. Januar mit einem erheblichen Misserfolg für den öffentlichen Ankläger geendet. Hatte man ursprünglich das Verfahren wegen „Aufruhrs“ eingeleitet, im Laufe der Untersuchung aber die Umwandlung in „Landesfriedensbruch“ vorgenommen, so mußte sich am Mittwoch vor dem Staatsanwalt bequemen, in seinem Blätter anzuerkennen, daß gegen die Angeklagten Berg und Wolda (Mitglieder der Streetkommission der Männer) und den Bauarbeiter Pilar die Verhandlung so wenig Belastendes ergab, daß Freispruch erfolgen müsse. Gegen die Angeklagten Bauarbeiter Moddermann und Bronberger hatten dagegen einige Polizeibeamte ungünstig ausgelagert. Die Geschworenen verneinten die Hauptfrage (Teilnahme an der Zusammenrottung) bezüglich aller vier Angeklagten Berg, Wolda, Pilar und Bronberger. Nur bezüglich Moddermanns wurde die Hauptfrage bejaht, dagegen die Nebenfragen (ob Rädelsführer, ob Teilnehmer an den Gewalttätigkeiten) verneint. Der Staatsanwalt beantragte gegen Moddermann 8 Monate Gefängnis, das Gericht erkannte auf 6 Monate Gefängnis; die übrigen Angeklagten werden freigesprochen. Die Kosten fallen zu vier Fünfteln der Staatskasse zur Last.

So hat denn der Versuch, dem gewaltigen wirtschaftlichen Kampf des Baugewerbe im vorigen Sommer ein trauriges Nachspiel zu verschaffen, kläglich Misserfolg gemacht. Die Wunden des Prozesses sind minimal; die dem einen Angeklagten auferlegten 6 Monate sind durch die angebrachte circa fünfmonatige Untersuchungshaft ziemlich verhübt.

Literarisches.

Die sieben erschienene besonders gut ausgestellte Nr. 3 des „Süddeutschen Postillon“ können wir allen unseren Freunden nur auf das Beste empfehlen. Sie ist um den billigen Preis von 10 s zu beziehen.

„Die preußische Volksschule und die Sozialdemokratie“, von Dr. Leo Lyons. Mit einer Einleitung „Schulfrage und Massentum“ von Dr. Max Lütticke. Agitationssausgabe 20 s. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, G. m. b. H., Berlin SW. 19.

„Europa, Zeitschrift für Kultur und Politik“, nennt sich ein neues Unternehmen der Verlagsgesellschaft Europa, G. m. b. H., Berlin-Charlottenburg. Heft 1 kostet vor, kostet 25 s und ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

Die „Lage der Glasarbeiter im Lichte des Siemens-Prozesses“ betitelt sich eine soeben erschienene Broschüre, die zweifellos ein Dokument genannt werden kann für die unerhörten Zustände, unter denen ein großer Teil der Glasarbeiter zu arbeiten und zu leben gezwungen wird. Die sog. starken Brochüre kann zum Preise von 30 s vom Bureau des Glasarbeiterverbandes in Berlin, Goslerstr. 29, bezogen werden.

„Achtung, Bonibel!“ Ein einfliegender Schwank von Ludwig Lessen, der soeben als neues Heft in der Sammlung sozialistischer Theaterstücke im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen ist. Einzelne Exemplare kosten 1 M. Das Aufführungsrecht ist an die Abnahme von 11 Mollengemüllern geknüpft, die 5,50 M. kosten.